

7 22

# **China nach Mao Tse-tung**

**Über die Besonderheiten des politischen Kurses  
der gegenwärtigen chinesischen Führung**

Vertraulich

Gemeinsames analytisches Material

angenommen auf der 9. Internen China-Beratung  
der Vertreter der Zentralkomitees

der Bulgarischen Kommunistischen Partei  
der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands  
der Kommunistischen Partei Kubas  
der Mongolischen Revolutionären Volkspartei  
der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei  
der Kommunistischen Partei der Sowjetunion  
der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei  
der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei

in Berlin am 16. Juni 1977

## I n h a l t

	Seite
Einleitung	3 - 11
<b>I. <u>Die innenpolitische Situation in der VR China</u></b>	
Die ideologische Plattform und das innenpolitische Programm der neuen chinesischen Führung	12 - 22
Die Lage in der Volkswirtschaft der VR China und die Wirtschaftspolitik der Gruppe um Hua Guofeng	22 - 31
Die Vorbereitung auf den Krieg	32 - 38
Einige Aspekte der sozialen und politischen Situation im Lande	38 - 54
<b>II. <u>Die internationale Politik Chinas</u></b>	
Die außenpolitische Doktrin der gegenwärtigen Pekingener Führung	55 - 61
Das Paktieren mit dem Imperialismus und der Reaktion	61 - 75
Aktionen gegen Entspannung und Abrüstung	75 - 78
Die Feindschaft gegenüber dem Weltsozialismus und der kommunistischen Bewegung	79 - 95
<b>III. <u>Der Kampf gegen die Theorie und die Praxis des Maoismus - eine aktuelle Aufgabe der Marxisten-Leninisten</u></b>	95 - 103
Schluß	104 - 108

### Einleitung

Die letzten zwei Jahre waren durch wichtige Ereignisse im Leben der sozialistischen Bruderländer gekennzeichnet. Die Parteitage der kommunistischen und Arbeiterparteien, die in dieser Zeit stattfanden, haben die Stärke der sozialistischen Staatengemeinschaft und den ständig wachsenden Einfluß des Weltsozialismus auf die internationale Entwicklung unter Beweis gestellt. In den Rechenschaftsberichten der Zentralkomitees, den Beschlüssen der Parteitage und den Diskussionsbeiträgen der Delegierten wurde der zurückgelegte Weg umfassend und tiefgründig analysiert und wurden neue, noch grandiosere Aufgaben beim Aufbau des entwickelten Sozialismus sowie bei der Schaffung der Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus gestellt. Von großer internationaler Bedeutung wird die bevorstehende Annahme einer neuen Verfassung der UdSSR sein, denn sie wird den gesamten Erfahrungsschatz des Weltsozialismus bereichern. In ihr finden die Wirksamkeit der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus, die avantgardistische Rolle der Sowjetunion beim sozialen Fortschritt der Menschheit ihre Verkörperung. Die sozialistischen Länder realisieren mit Erfolg das von ihnen aufgestellte Programm des weiteren Kampfes für Frieden, internationale Zusammenarbeit für Freiheit und Unabhängigkeit der Völker. Bei der Verwirklichung dieses Prozesses spielen der Kampf der UdSSR für den Frieden und die unermüdliche Tätigkeit des Genossen L. I. Breschnew persönlich eine entscheidende Rolle. Mit ihrer Tätigkeit verwirklichen die Bruderparteien die Ideen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, deren 60. Jahres-



tag die ganze fortschrittliche Menschheit in diesem Jahr begeht.

Doch die Feinde des Friedens und des Sozialismus verteidigen verbissen ihre Positionen. Sie aktivieren ihre Tätigkeit gegen die sozialistischen Staaten und deren Friedenskurs, gegen die Entspannung. Eine Front mit ihnen bildet die Pekinger Führung.

Auf den Parteitagen der Bruderparteien wurde den Beziehungen zu China starke Beachtung geschenkt, wurden Ideologie und Politik des Maoismus grundsätzlich eingeschätzt.

Der XXV. Parteitag der KPdSU betonte, daß sich die Politik der Pekinger Führung ganz offen gegen die Mehrzahl der sozialistischen Staaten richtet. Ja mehr noch, sie schließt direkt an die Haltung der extremsten Reaktion in der Welt an; sie ist den sozialistischen Prinzipien und Idealen nicht nur völlig fremd, sondern ist im Grunde auch zu einer wichtigen Reserve des Imperialismus in seinem Kampf gegen den Sozialismus geworden. Jetzt genügt es nicht mehr zu sagen, daß maoistische Ideologie und Politik mit der marxistisch-leninistischen Lehre unvereinbar sind, denn sie stehen dieser direkt feindlich gegenüber. Die KPdSU wird gegen den Maoismus auch künftig einen grundsätzlichen, unversöhnlichen Kampf führen.

"Der Verfall des Maoismus hat eine neue Phase erreicht". hieß es auf dem XI. Parteitag der BKP. Er hat sich mit den aggressivsten Kräften des Imperialismus, des Faschismus und des Revanchismus, mit den Gegnern der friedlichen Koexistenz und des sozialen Fortschritts verbündet. Sein Handeln wird für den Frieden und die Sicherheit der Völker immer gefährlicher. Die Bulgarische Kommunistische Partei hält es für ihre Pflicht, aktiv am Kampf gegen den Maoismus, für dessen ideologische und politische Zerschlagung mitzuwirken."

"Für die Erhaltung der revolutionären Reinheit der marxistisch-leninistischen Theorie muß unbeirrt gekämpft werden", erklärte der XI. Parteitag der USAP. "Die für die Einheit der sozialistischen Länder und der internationalen kommunistischen Bewegung besonders gefährlichen chauvinistischen, nationalistischen und antisowjetischen Anschauungen müssen entschieden zurückgewiesen werden. Wir verurteilen das System der Anschauungen und die politische Praxis der maolistischen Führung, denn sie entstellen den wahren Inhalt und die wahren Ziele des internationalen Klassenkampfes und zielen darauf ab, die Einheit und die Geschlossenheit der sozialistischen Staatengemeinschaft sowie der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung zu untergraben, die nationalen Befreiungsbewegungen zu entzweien und sie von den sozialistischen Ländern zu isolieren."

"Die Absichten der gegenwärtigen Pekinger Führer, unter ihrer Hegemonie eine breite antisozialistische, antisowjetische Front zustande zu bringen, bleiben für die Lebensinteressen der Völker äußerst gefährlich", wurde auf dem IX. Parteitag der SED festgestellt. "Der erfolgreiche Kampf gegen den Imperialismus, für friedliche Koexistenz und sozialen Fortschritt in der ganzen Welt erfordert deshalb die konsequente Auseinandersetzung mit der Theorie und Praxis des Maoismus."

"Wir sehen die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung, die auf den Prinzipien von Marx, Engels und Lenin fußt, als notwendige Bedingung für den Sieg der Völker an, weisen daher ... alle Versuche, die Einheit der kommunistischen Kräfte auf internationaler Ebene zu untergraben sowie die ruhmvolle Rolle der KPdSU in der Zeitgeschichte herabzumindern beziehungsweise zu diffamieren, zurück und verurteilen sie", wurde auf dem I. Parteitag der KP Kubas hervorgehoben. Der Parteitag bekräftigte die Haltung

der Konferenz der kommunistischen Parteien der Länder Lateinamerikas und des karibischen Raumes, die die Außenpolitik der chinesischen Führung entschieden verurteilt und dazu aufgerufen hat, diese Politik des Verrats an der Sache der Einheit und der Solidarität, des Verrats an den besten Traditionen der revolutionären Weltbewegung zu bekämpfen.

"Als Kraft, die dem Sozialismus feindlich gegenübersteht, schließen sich die Maoisten offen an Rassisten- und Faschistencliquen, an die schlimmste Reaktion, an die aggressiven Kreise des Imperialismus an und bemühen sich, eine einheitliche Kampffront gegen den Weltsozialismus zu schaffen", stellte der XVII. Parteitag der MRVP fest. "Als Kraft, die der nationalen Befreiungsbewegung feindlich gegenübersteht, beteiligen sich die Maoisten unmittelbar an der Unterdrückung des Kampfes der Völker für Freiheit und nationale Unabhängigkeit sowie an der bewaffneten Intervention gegen sie. Der Kampf gegen den Maoismus ist daher ein untrennbarer Bestandteil des Kampfes der Völker gegen die Kräfte des Imperialismus und der Reaktion."

"Im ideologischen Kampf gegen den Sozialismus vereinigen sich heute die traditionellen reaktionären und konservativen Tendenzen mit dem Revisionismus und dem Maoismus, mit rechtem und 'linkem' Opportunismus", hieß es auf dem VII. Parteitag der PVAP. "Daher bedarf es ständiger Wachsamkeit und eines stärkeren ideologischen Rüstzeugs der Partei. In jeder Frage muß eine grundsätzliche marxistisch-leninistische Haltung bezogen werden, damit die wichtigen Probleme der Gegenwart rechtzeitig auf die Tagesordnung gesetzt sowie mit Einfühlungsvermögen, gründlich und beharrlich behandelt werden... Die Spalterpolitik der maoistischen Führung in China ist der Sache des Friedens und des Fortschritts nicht dienlich. Wir wenden uns entschieden gegen diese Politik, denn sie steht im Wider-

spruch zu den Interessen des Sozialismus, zu den Interessen unseres Volkes."

"Die Spalterideologie und -politik der maoistischen Führung, die dem Marxismus-Leninismus feindlich gegenübersteht, bildet einen krassen Gegensatz zu den Bemühungen um Stärkung der sozialistischen Staatengemeinschaft und Sicherung des Weltfriedens", betonte der XV. Parteitag der KPTsch. "Das Bestreben der Maoisten, die Einheit der sozialistischen Länder und die Geschlossenheit der internationalen Arbeiterbewegung zu untergraben sowie den Kampf der fortschrittlichen demokratischen und friedliebenden Kräfte zu schwächen, ist offenkundig ... Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei sieht es als ihre Pflicht an, gemeinsam mit allen revolutionären Kräften die Politik der Maoisten zu entlarven und sie konsequent und grundsätzlich zu bekämpfen."

Gleichzeitig haben die Bruderparteien der VRCh erneut vorgeschlagen, die zwischenstaatlichen Beziehungen auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zu normalisieren. Sie erklärten darüber hinaus ihre Bereitschaft, die engen freundschaftlichen Beziehungen wieder herzustellen, wenn die chinesische Führung zur Politik zurückkehrt, die auf dem Marxismus-Leninismus basiert.

Die grundsätzlichen Wertungen, die der Maoismus und die von Peking betriebene Politik der Kriegshetze auf den Parteitagen unserer Parteien sowie von seiten anderer marxistisch-leninistischer Parteien erfahren haben, sind zweifellos nach wie vor aktuell.

Desgleichen bleibt unsere Einstellung zur Tätigkeit Mao Zedongs und der chinesischen Führung unter ihm unverändert, auf deren Analyse die kollektive Chinawissenschaft unserer Parteien zehn Jahre Arbeit verwandt hat. Die grundlegenden Schlüsse, die im



Verlauf dieser Arbeit gezogen wurden, sind von aktueller Bedeutung, denn sie werden vom ganzen Ablauf des Geschehens bestätigt.

Der Maoismus ignoriert die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Entwicklung, die erstmalig in der Praxis der Sowjetunion und dann auch in der Praxis der anderen Bruderländer zutage getreten sind, und entstellt sie. Maos Zielsetzungen bei den wichtigsten sozialökonomischen Problemen sind antimarxistisch und subjektivistisch; sie stehen in krassem Widerspruch zu den wirklichen Erfordernissen der chinesischen Gesellschaft. Die von Mao Zedong entfachte "Kulturrevolution" war im Grunde ein konterrevolutionärer Umsturz. Sie versetzte den Grundlagen des Sozialismus in China einen äußerst schweren Schlag, zerstörte die volksdemokratische Gesellschaftsordnung und führte zur Errichtung der maotistischen Diktatur, der Diktatur einer militärisch-bürokratischen Gruppierung in der VR China. Alle Seiten des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens des Landes waren nunmehr von Großmachtchauvinismus und Militarismus geprägt und den Hegemoniezielen sowie der Kriegsvorbereitung untergeordnet. Das Entwicklungstempo der Wirtschaft der VR China ging zurück; die Aufgabe der Hebung des materiellen und des kulturellen Lebensniveaus der chinesischen Werktätigen wird nicht gelöst.

Im Bereich der internationalen Beziehungen hat China nach dem Willen Mao Zedongs eine Wende von der Politik der Freundschaft, der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Hilfe gegenüber der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern zur Politik der Feindseligkeit und des Kampfes gegen sie vollzogen. Der Antisowjetismus wurde zum Rückgrat der gesamten Aktivität der Pekinger Führung.

Zugleich hat diese Kurs genommen auf das Paktieren mit den aggressivsten Kreisen des Imperialismus und der Reaktion sowie auf den Kampf gegen die Entspannung, und sie hat ihre Hoffnungen auf einen Krieg gesetzt. Der außenpolitische Kurs Mao Zedongs hat China weder in politischer noch in wissenschaftlicher Hinsicht die Vorteile gebracht, mit denen die Maoisten gerechnet haben. Bei allen fortschrittlichen und friedliebenden Kräften ist das Ansehen Chinas merklich zurückgegangen. Die Hoffnungen der chinesischen Führer im Zusammenhang mit den Versuchen, Vietnam, Laos und andere Länder in das Fahrwasser ihrer Politik zu bringen, haben sich nicht erfüllt. Peking mußte seine Maske als Freund der nationalen Befreiungsbewegung fallen lassen. Seine Versuche, die Bewegung der Nichtpaktgebundenheit in den Dienst seiner antisowjetischen Ziele zu stellen, wurden zurückgewiesen.

Die Innen- und Außenpolitik Mao Zedongs ist bei breiten Schichten der chinesischen Gesellschaft zunehmend auf Widerstand gestoßen. Unter den Partei- und Staatsfunktionären, den Militärs sowie bei der Masse der Werktätigen hat sich die Unzufriedenheit verstärkt. Die Verfolgung des Kurses, den Mao Zedong verfochten und verteidigt hat, schmälert die materiellen und die politischen Interessen vieler Bevölkerungsgruppen der VR China und löst fortwährend Krisensituationen aus, die verdeutlichen, wie verlogen und verrottet das maoistische Regime und die von ihm betriebene Politik sind. Das zwingt die chinesische Führung, ihre Politik, die im Interesse der Erreichung großmachtchauvinistischer Ziele durchgeführt wird, den realen Bedingungen anzupassen. Dieses Lavieren wird dadurch erleichtert, daß der Maoismus keine ge-



schlossene, konsequente Lehre darstellt, sondern ein eklektisches Gemisch von Thesen verschiedener Art ist, die utilitaristisch für die Durchsetzung bestimmter politischer Ziele ausgenutzt werden.

Seit dem Tode Mao Zedongs ist fast ein Jahr vergangen. In dieser Zeit haben sich die Positionen und der politische Kurs der chinesischen Führung, die Mao Zedong abgelöst hat, in bestimmtem Maße abgezeichnet. In den wichtigsten Fragen der Politik Peking ist das Bild heute in vielem klarer geworden. Es muß festgestellt werden, daß die Führer der KPCh nicht beabsichtigen, die Fesseln des Maoismus abzuwerfen, die verhängnisvollen maoistischen Zielstellungen kritisch einzuschätzen und das Land auf den Weg des sozialistischen Aufbaus zurückzuführen. Die Ereignisse im September/Oktober vergangenen Jahres ähnelten einem Umsturz in der Führungsspitze, der außer der Ausschaltung einiger Politiker und ihrer Anhänger keine kardinalen Veränderungen in der Politik zur Folge hatte. Jetzt ist bereits offensichtlich, daß der Tod Mao Zedongs nicht automatisch zum Tod des Maoismus als einer dem Marxismus-Leninismus feindlichen Ideologie geführt hat und nicht dazu führen wird. Die beschleunigt betriebene Herausgabe des 5. Bandes der Arbeiten Mao Zedongs und der Artikel Hua Guofengs vom 1. Mai dieses Jahres, der dem Wesen nach programmatischen Charakter trägt, sowie seine richtungweisende Rede auf der Daqing-Konferenz am 9. Mai dieses Jahres zeugen davon, daß die neue Führung Chinas sich direkt mit dem Kurs identifiziert, der von Mao Zedong hinterlassen wurde, und die Verpflichtungen übernommen hat, China weiter auf dem maoistischen Weg zu halten. Die an der Macht verbliebenen Führer stehen wie früher auf einer nationalistischen, großmachtchauvinistischen, expansionistischen und hegemonistischen Plattform.

Die gegenwärtigen ökonomischen und politischen Schwierigkeiten Chinas dürfen jedoch keinesfalls den falschen Eindruck erwecken, daß dieses gewaltige Land ein Kolos auf lönerne Füßen sei.

Daher gilt es, in vollem Umfang den Umstand zu berücksichtigen, daß die Führung Chinas über die Möglichkeiten eines riesigen Landes verfügt, die sie mit allen Mitteln für die Stärkung ihrer Positionen im Lande sowie für die Verwirklichung ihrer außenpolitischen Pläne mobilisiert.

I. DIE INNENPOLITISCHE SITUATION IN DER VR CHINA

Die ideologische Plattform und das innenpolitische Programm  
der neuen chinesischen Führung

1. Die Pekinger Führung hat bis zum jetzigen Zeitpunkt die grundlegenden Ziele und die Hauptrichtung der inneren Entwicklung der VR China formuliert und verkündet. Sie sind in Reden der Führer und offiziellen Dokumenten dargelegt, wie: "Aufruf des ZK der KP Chinas, des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, des Staatsrates der VR China und der Militärkommission des ZK der KP Chinas an die ganze Partei, die ganze Armee und die Völker des ganzen Landes" vom 9. September 1976 (anlässlich des Todes Mao Zedongs)<sup>1</sup>, die Rede Hua Guofengs vom 25. Dezember 1976<sup>2</sup>, dessen Artikel vom 1. Mai und dessen Rede vom 9. Mai 1977<sup>3</sup>, die Beschlüsse, die im Namen des ZK der KP Chinas, des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, des Staatsrates der VR China und der Militärkommission des ZK der KP Chinas erlassen wurden, sowie die gemeinsamen Leitartikel der drei Redaktionen, der Organe des ZK der KP Chinas "Renmin Ribao" und "Hongqi" sowie der Zeitung der Chinesischen Volksbefreiungsarmee "Jiefangjun Bao". Programmatische Bedeutung verleiht die Propaganda auch den neu aufgelegten Schriften Mao Zedongs, die unter bestimmten Gesichtspunkten ausgewählt und an denen Korrekturen vorgenommen wurden.

<sup>1</sup> Informationsbulletin der Agentur Xinhua Nr. 5566, 10. 9. 1976

<sup>2</sup> Informationsbulletin der Agentur Xinhua Nr. 5675, 28. 12. 1976

<sup>3</sup> Informationsbulletin der Agentur Xinhua Nr. 5809, 11. 5. 1977

Bei der Festlegung der Wege der inneren Entwicklung der VRCh sind in der chinesischen Führung offensichtlich die Meinungsverschiedenheiten, die den Grad der Modifizierung des Kurses der vergangenen Jahre sowie der Mittel und Methoden zur Erreichung der großmachtchauvinistischen Ziele betreffen, nicht ausgeräumt. Dabei zeichnet sich etwa folgendes Bild ab. Ein Teil der Führung Chinas ist nur mit einer unbedeutenden Korrektur der Linie der "Kulturrevolution" einverstanden. Die Militärs stellen die Interessen der Armee an die erste Stelle und fordern die Erhöhung ihrer Rolle sowie die Organisation der Gesellschaft auf der Grundlage militärischer Disziplin und militärischer Ordnung. Wie die Materialien der Daqing-Konferenz zeigen, verstärken sich der Druck und der Einfluss der Militärs. Andere Führer betrachten die Beschleunigung des ökonomischen Aufschwungs als wichtigste Voraussetzung für die Erreichung der großmachtchauvinistischen Ziele und messen deshalb der Bildung, der Wissenschaft und Technik größere Bedeutung zu und treten für eine rationellere Entwicklung der Volkswirtschaft ein.

In seinem am 1. Mai 1977 in der VR China veröffentlichten Artikel "Die Revolution unter der Diktatur des Proletariats zu Ende führen", hat Hua Guofeng betont: "Nach dem Ableben des Vorsitzenden Mao Zedong dem Banner des Vorsitzenden Mao Zedong treu zu bleiben, ist das Unterpfand des Sieges unserer Revolution. Alle unsere Genossen müssen sich dessen voll bewusst sein. Wir müssen das Banner des Vorsitzenden Mao Zedong stets hochhalten und standhaft verteidigen, damit die Sache unserer Revolution, geführt von den Ideen Mao Zedongs, weiter siegreich auf dem Weg voranschreitet, den die revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao Zedong gewiesen hat."<sup>1</sup>

<sup>1</sup> "Renmin Ribao" vom 1. Mai 1977

Die Führung unter Hua Guofang ergreift in aller Eile Maßnahmen zur Verewigung des Mao-Kultes und des Maoismus. Bereits am 8. Oktober 1976 haben das ZK der KP Chinas, der Ständige Ausschus des Nationalen Volkskongresses, der Staatsrat der VR China und die Militärkommission des ZK der KP Chinas zwei Beschlüsse zum Bau eines "Denkmals des ewigen Ruhms" für Mao Zedong sowie zur Herausgabe seiner Ausgewählten Werke und seiner Gesammelten Werke gefast.

Im April 1977 erschien der 5. Band der "Ausgewählten Werke Mao Zedongs" (1949 - 1957), der in 200 Millionen Exemplaren aufgelegt werden soll.<sup>1</sup> Im Zusammenhang mit dem Erscheinen dieses Buches hat das ZK der KP Chinas am 7. April dieses Jahres einen besonderen Beschluß gefast, der "die ganze Partei, die ganze Armee und alle Völker des Landes" verpflichtet, eine "Massenbewegung" zum Studium dieses Buches zu entfalten, wobei empfohlen wird, dies "in Verbindung mit der Praxis des Klassenkampfes" sowie mit der "Neuordnung der Reihen der Partei und der Verbesserung des Arbeitsstils"<sup>2</sup> (d. h. mit der Säuberung, die derzeit in der chinesischen Partei vollzogen wird) zu tun.

Der 5. Band enthält keine früher publizierte Reden Mao Zedongs, in denen von der Freundschaft zur Sowjetunion und zu den anderen sozialistischen Ländern, von der Zusammenarbeit mit ihnen und von der Notwendigkeit einer Politik des Friedens zwischen den Völkern die Rede war. Zugleich wurden verschiedene Reden Maos veröffentlicht, die dieser auf geschlossenen Beratungen gehalten hat und die von erbittertem Antisowjetismus geprägt sind.

<sup>1</sup> Meldung der Nachrichtenagentur Xinhua vom 14. April 1977

<sup>2</sup> Informationsbulletin der Agentur Xinhua Nr. 4783, 15. 4. 1977



Die Auswahl der in Band 5 enthaltenen Werke, die von einer Sonderkommission unter der Leitung von Hua Guofeng geleistete "Redaktions"arbeit und die im Zusammenhang mit dem Erscheinen dieses Bandes veröffentlichten Materialien bestätigen eindeutig, daß die derzeitige Pekinger Führung der ideologischen, politischen, organisatorischen und ökonomischen Linie Mao Zedongs treu bleibt.

Die in Band 5 enthaltenen Arbeiten propagieren die wichtigsten maoistischen Postulate, die im Widerspruch zu den Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus stehen, so die neotrotzkistische "Theorie der permanenten Revolution", die "Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats", den "Klassenkampf im Sozialismus" usw. Die Zielsetzungen bei der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung stehen im Gegensatz zu den Erfahrungen der anderen sozialistischen Länder.

Als die Nachrichtenagentur Xinhua Hua Guofengs Artikel "Die Revolution unter der Diktatur des Proletariats zu Ende führen" anpries, hob sie hervor, daß dieser zum Zweck des Studiums des 5. Bandes der "Ausgewählten Werke Mao Zedongs" geschrieben worden sei. Hauptthema des Artikels ist die Lobpreisung der Theorie von der "Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats". In der sozialistischen Gesellschaft, so erklärt Hua, Mao folgend, bestehen weiterhin Gegensätze zwischen den verschiedenen Klassen; sie sei "voller Widersprüche", die "nach wie vor den Charakter des Klassenkampfes tragen". Von den Thesen Mao Zedongs ausgehend, hebt Hua Guofeng besonders hervor, daß sich dieser Kampf vor der Errichtung der Volksmacht im wesentlichen außerhalb der Partei abgespielt habe, während er nach der Eroberung der Staatsmacht "besonders ernsthaft wird" und sich vor allem



in der Partei konzentriere, denn "die Hauptgefahr einer Restauration des Kapitalismus geht von den Kapwaglern in der Partei aus" (gemeint sind "Personen, die den kapitalistischen Weg beschreiten"; so wird in China jeder genannt, der sich auf diese oder jene Weise gegen die maoistischen Dogmen wendet). Er spricht in diesem Zusammenhang von der Notwendigkeit der "Kulturrevolution" und befürwortet die Methoden, die Mao Zedong bei den Säuberungsaktionen in der Partei angewandt hat.

Hua Guofeng lobpreist die grundlegenden Thesen des maoistischen Kurses bei der wirtschaftlichen Entwicklung wie "Die Politik ist die Kommandokraft" u. a. Besonders betont wird die Verbindung von "wirtschaftlicher Macht" und dem Aufbau der Streitkräfte.

Die politisch-ideologischen Zielsetzungen Mao Zedongs bilden somit die grundsätzliche Basis des Programms der neuen chinesischen Führung für die inneren Angelegenheiten der VR China.

2. Die chinesische Führung unter Hua Guofeng hat die Hauptrichtungen ihrer praktischen Tätigkeit ausgearbeitet. Die größte Rolle spielt dabei die Verwirklichung der von Mao Zedong 1958 verkündeten "Politik der drei roten Banner", die die Generallinie für den Aufbau des Sozialismus nach dem Grundsatz "mehr, besser, schneller und sparsamer", den "großen Sprung" und die "Volkskommunen" umfaßt. Auf einer gesamtchinesischen Konferenz zur Verbreitung der Erfahrungen von Daging hat Hua Guofeng am 9. Mai 1977 ohne Umschweife erklärt, daß "wir... auf jeden Fall eine neue Situation in der Volkswirtschaft", die Situation des allseitigen Sprunges, schaffen werden".

Die neue Pekinger Führung geht dabei von der Zielsetzung aus, China bis zum Jahr 2000 in eine führende Weltmacht zu verwandeln.

Die neue Führung sieht die Entwicklung Chinas, auf einen kurzen Nenner gebracht, folgendermaßen: "Welches ist unsere Richtung? Im Jahre 1958 hat der Vorsitzende Mao Zedong erklärt, daß unsere Richtung dahin geht, die Arbeiter (Industrie), die Bauern (Landwirtschaft), die Beschäftigten des Handels (Austausch), die Intelligenz (Kultur und Bildung) und die Soldaten (Volksmiliz, d. h. allgemeine Bewaffnung des Volkes) allmählich und planmäßig in einer großen Kommune zu organisieren und aus dieser die Grundeinheit unserer Gesellschaft zu bilden. Daqing und Dazhai repräsentieren diese Richtung". (Rede von Ye Jianying am 9. Mai 1977).<sup>1</sup> Diese "große Kommune" ist in Wirklichkeit eine große Kaserne, denn Hua Guofeng zufolge "schöpfen" die Arbeiter von Daqing "ihre Kraft" aus der Tatsache, daß sie "die Idee und die Linie beim Aufbau der Armee konkret beim Aufbau der Industrie anwenden" und eine "Produktionsarmee" gebildet haben. Unter Berufung auf Mao Zedong stellte Hua die Forderung auf, "nach dem Vorbild von Daqing von der Chinesischen Volksbefreiungsarmee zu lernen". (Rede vom 9. Mai 1977).

Im Ergebnis der Beratungen führender Armeevertreter und Vertreter der Kriegsindustrie verstärkt sich die Orientierung auf die Vorbereitung auf einen Krieg.

In der gleichen Tonart sind die "wichtigsten Kamofaufgaben" für 1977 gehalten: 1) die Bewegung der Kritik an der "Viererguppe" (Wang Hongwen, Zhang Chunqiao, Jiang Qing, Yao Wanyuan) vertiefen;

<sup>1</sup> Meldung der Nachrichtenagentur Xinhua, 12. Mai 1977 (TASS, 14. Mai, 17.00)

2) den Parteaufbau (wozu die "Bewegung für marxistische Erziehung" sowie die "Neuordnung der Parteiorganisationen und die Verbesserung des Arbeitsstils" gehören) und den "Aufbau der Revolutionskomitees der verschiedenen Ebenen" verstärken;

3) die Massenbewegung "In der Landwirtschaft von Dazhai und in der Industrie von Daqing lernen" vertiefen und, geleitet von dem Kurs "Sich auf den Krieg vorbereiten" und dem Kurs "Die Landwirtschaft bildet die Grundlage" u. dgl. m., verstärkt den Aufschwung der Volkswirtschaft anstreben; 4) "die Massenbewegung für das Studium der Werke der Begründer des Marxismus-Leninismus sowie der Werke des Vorsitzenden Mao Zedong weiterentwickeln und es auf eine neue, höhere Stufe heben" (gemeint ist hierbei natürlich das Studium der Werke Maos, besonders des 5. Bandes seiner ausgewählten Werke), "eine große Formation marxistischer Theoretiker heranzubilden", "die Arbeit aller Parteschulen in Gang bringen" und nach neuen Erfolgen bei der Arbeit der "Schulen des 7. Mai" streben sowie anderes mehr (ebenda).

Die Erfüllung dieser Aufgaben wird eng mit der "Schaffung der großen Ordnung" im Lande verknüpft, was tatsächlich das dringlichste Problem für China ist. Gelöst wird dieses Problem auf der Grundlage des von Hua Giefeng vorgeschlagenen "strategischen Kurses", "den Klassenkampf als das entscheidende Kettenglied in Angriff zu nehmen". Dies bedeutet die Unterdrückung aller derjenigen die mit dem Maoismus und dem maoistischen Regime unzufrieden sind.

Da ein positives Programm zur Entwicklung des Landes, das für die breiten Volksmassen attraktiv wäre, fehlt, läuft die "Herstellung der großen Ordnung" auf eine Verstärkung der Rolle des Zwangsapparates, der Säuberungsaktionen, der Repressalien und

der Abschreckung der Bevölkerung durch öffentliche Hinrichtungen hinaus. All das führt letztendlich dazu, daß die maoistische Diktatur immer brutaler wird.

Die Hauptrichtungen der praktischen Tätigkeit der Führung unter Hua Guofeng und die für 1977 gestellten Aufgaben halten sich im Rahmen des bisherigen maoistischen Kurses. Das bedeutet, daß das chinesische Volk neue Entbehrungen zu erwarten hat, daß die nationalen Reichtümer des Landes wiederum ambitionösen Zielen geopfert werden und daß die Anstrengungen der Werktätigen der VR China bei der Verwirklichung des nächsten "großen Sprungs nach vorn" faktisch der Kriegsvorbereitung dienen.

3. Nach dem Tode Mao Zedongs sind in den Erklärungen und Handlungen der neuen Führung, die die Verschärfung der politischen und ökonomischen Schwierigkeiten berücksichtigen muß, in einigen Fällen neue Nuancen beim Aufwerfen einzelner Fragen der Innenpolitik hineingetragen worden, die auf die Möglichkeit einer Wende zum Besseren in China, darauf, daß es nach und nach vom Maoismus abgehen würde, hoffen ließen. Ausdruck dafür war die Tatsache, daß in etlichen Fällen einzelne Fragestellungen in der Innenpolitik neue Nuancen enthielten. Aus Reden der Pekinger Führung und aus der Presse sowie aus richtungsweisenden Dokumenten, die nach dem Tode Mao Zedongs veröffentlicht wurden, ist zu entnehmen, daß diese Akzente vor allem in den folgenden Fragen gesetzt werden:

- Wirtschaft. Die Pekinger Führung erklärt, daß "die Entwicklung der Wirtschaft die Hauptaufgabe der Diktatur des Proletariats ist" und daß "der Kommunismus nicht auf der Grundlage rück-



ständiger Produktivkräfte aufgebaut werden kann" ("Renmin Ribao" vom 12. März 1977). Von der Volkswirtschaft wird verlangt, das Entwicklungstempo stark zu beschleunigen, die Rücklagen zu vergrößern, die Leitung zu verbessern, die Steigerung der Produktion sowie der Rentabilität der Betriebe anzustreben, die wirtschaftliche Rechnungsführung und andere ökonomische Methoden anzuwenden sowie ausländische Technologien und Ausrüstungen anzukaufen.

- Soziale Beziehungen. Die chinesische Führung sowie die Propaganda in China sprachen von der Wichtigkeit einer "richtigen Einstellung" zu den einzelnen Schichten der chinesischen Gesellschaft. Besonders betont wird die Notwendigkeit, gegenüber den Kadern (einschließlich der älteren Generation), den nationalen Minderheiten und der Intelligenz eine "richtige Politik" zu betreiben.

- Einstellung zu den politisch-ideologischen Massenkampagnen. Die derzeitigen chinesischen Führer geben zu, daß die "Kulturrevolution" auch zu negativen Erfahrungen geführt hat. Sie beziehen sich dabei auf die Erklärungen Mao Zedongs, daß es in der "Kulturrevolution" "70 Prozent gute Ergebnisse und 30 Prozent Fehler" gegeben habe. Verschiedene Pressepublikationen enthalten Kritik an den "Auswüchsen", die es bei politischen Kampagnen wie dem "Studium der Theorie der Diktatur des Proletariats", der "Kritik an dem Roman 'Shuihuchuan'", dem "Kampf gegen die Rechtsabweichlerseuche" u.ä.m. gegeben hat.

- Auf dem Gebiet des Lebensstandards der Bevölkerung. Die chinesische Führung und die Presse reden von der Notwendigkeit der "Sorge" um das Leben des Volkes, wobei die beharrlichen Forde-

rungen der Werktätigen allem Anschein nach auf sie einwirken. Hua Guofeng hat in seiner Rede am 25. Dezember 1976 unterstrichen, daß "man sich um die Nöte der Massen kümmern muß und ständig ihr Leben auf der Grundlage der Entwicklung der Produktion verbessern muß". Die "Renmin Ribao" hat in einem ihrer Grundsatzartikel festgestellt: "Die ständige Verbesserung des Lebens der Werktätigen gibt allen aktiven Faktoren einen Aufschwung und ist eines der wichtigsten Glieder des Aufbaus eines mächtigen sozialistischen Staates".<sup>1</sup>

Bis jetzt werden diese neuen Akzente durch keinerlei konkrete Maßnahmen untermauert. Sie sind "Absichtserklärungen", mit denen bezweckt wird, die "Vierergruppe" den Preis für den maoistischen Kurs zahlen zu lassen und ein Ventil für die Unzufriedenheit zu öffnen, die sich in der chinesischen Gesellschaft angestaut hat. Gleichzeitig ebnen sie den Weg für eine effektivere Verwirklichung des maoistischen Kurses.

Die maoistischen Zielsetzungen werden bekräftigt. Diese verkünden "allerorten den Aufbau von Betrieben vom Typ Daqing" sowie die Bildung von Kreisen "vom Typ Dazhai", die "umfassende Verwirklichung der Verfassung des Hüttenkombinats Anshan", die der "Verfassung des Hüttenkombinats Magnitogorsk" gegenübergestellt und als "Verallgemeinerung des Kampfes gegen die revisionistische Linie in der Tätigkeit der Betriebe" ("Renmin Ribao" vom 22. März 1977) hingestellt wird; dazu gehören die weitere Verwirklichung der Zielstellung "Rot und qualifiziert sein",

---

<sup>1</sup> "Renmin Ribao" vom 11. Februar 1977



die in der Zeit des "großen Sprungs nach vorn" festgelegt wurde, um die Fachleute, die sich gegen voluntaristische Experimente wandten, in Mißkredit zu bringen, und die konsequente Realisierung des "Systems der Beteiligung der Leitungskader an der körperlichen Arbeit" sowie des Prinzips des "Sich-auf-die eigenen-Kräfte-Stützens" in der maoistischen Interpretation, "Die Politik ist die Hauptsache", "Die Vorbereitung auf den Krieg verstärken" u. dgl.m. verkünden.<sup>1</sup>

Eine Analyse des Programms, der Hauptrichtungen und der Aufgaben der inneren Entwicklung der VR China, wie sie von der Gruppe um Hua Guofeng formuliert worden sind, zeigt, daß sie in den wichtigsten und ausschlaggebenden Punkten auf den maoistischen Prinzipien beruhen, daß sie unverhüllt maoistisch sind. Einzelne Vorbehalte und verbale Versprechungen, die die Pekinger Führer als Manöver benutzen, ändern nichts am Wesen der Sache und bringen den chinesischen Werktätigen keinerlei Verbesserungen ihrer Lage. Das beweisen die praktischen Maßnahmen der derzeitigen Führung in China und die tatsächliche Lage im Lande.

Die Lage in der Volkswirtschaft der VR China und die Wirtschaftspolitik der Gruppe um Hua Guofeng

4. China steckt nach wie vor in ernsthaften wirtschaftlichen Schwierigkeiten.

Ende 1976 bezeichneten die Pekinger Führer selbst die Lage in der Wirtschaft Chinas als "ernste Produktionskrise". Ausländischen

<sup>1</sup> Reden Hua Guofengs vom 25. Dezember 1976 und vom 9. Mai 1977; Referat Yu Qiulis auf der Konferenz zur Verbreitung der Erfahrungen von Daqing. (Meldungen der Nachrichtenagentur Xinhua vom 27. Dezember 1976 sowie 10. und 13. Mai 1977).

Besuchern gegenüber gestanden Hua Guofeng und Li Xiannian ein, daß in Industrie und Landwirtschaft der VR China "schwerwiegende Probleme" unter anderem in der Stahlproduktion, im Schiffsbau, im Maschinenbau sowie bei der Erdölgewinnung aufgetreten sind. Den Worten von Gu Mu, Stellvertreter des Ministerpräsidenten des Staatsrates der VR China und Vorsitzender des Staatlichen Komitees für Investitionsbau, zufolge hat das Land "bei seiner wirtschaftlichen Entwicklung zwei Jahre verloren". "Renmin Ribao" hat am 21. Mai dieses Jahres offen zugegeben, daß die Industrie- und die Agrarproduktion 1976 im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen sind.

Einschätzungen zufolge ist der Gesamtumfang der Industrie-  
produktion 1976 im Vergleich zum Vorjahr geringer gewesen. Die Stahlgewinnung ist wesentlich zurückgegangen - von 26 Millionen Tonnen im Jahre 1975 auf 21 Millionen im Jahre 1976. Der gleiche Rückgang ist im Maschinenbau, bei der Kohleförderung u.a. zu verzeichnen. Auf der gesamtchinesischen Konferenz zur Verbreitung der Erfahrungen von Daqing konstatierte Li Xiannian, Stellvertreter des Ministerpräsidenten des Staatsrates der VR China, im April 1977, daß in China "viele Betriebe im letzten Jahr stillgestanden haben". Wie bekannt wurde, hat das ZK der KPCh unter Berufung auf die äußerst angespannte Lage in der Wirtschaft im Mai 1977 die Weisung erlassen, die Aufträge für neue Ausrüstungen (sowohl für die aus der eigenen Produktion als auch für ausländische) soweit wie möglich einzuschränken und mitgeteilt, daß früher erteilte Aufträge dieser Art nicht realisiert werden.

In der Landwirtschaft ist die Situation nach wie vor kompliziert. Die Agrarproduktion ist 1976 im Vergleich zu 1975 um etwa fünf Prozent zurückgegangen. Die Getreideernte lag bei ungefähr 225 Millionen Tonnen (1975 waren es 235 Millionen Tonnen), die Baumwollernte bei 1,8 Millionen Tonnen (1975 1,9 Millionen Tonnen). Infolge des Rückgangs des Getreideertrages im Jahre 1976 und der Gefahr einer Dürre war Peking gezwungen, mehr Nahrungsmittel zu importieren. So schloß die VR China bis April 1977 Verträge über den Ankauf und die Lieferung von 6,3 Millionen Tonnen Getreide mit den USA, Australien, Kanada und anderen Ländern ab. In letzter Zeit gibt es Meldungen über den Abschluß neuer bedeutender Abkommen über die Lieferung von Getreide nach China. Zugleich wird bei der Beschlagnahme von Lebensmitteln bei den chinesischen Bauern härter vorgegangen. Unter dem Vorwand, es sei erforderlich, die Folgen der Wühlätigkeit der "Viererbande" zu beseitigen, die darauf hingearbeitet haben soll, daß die Getreideüberschüsse auf dem Lande verbleiben, wird in der Presse der VR China die Forderung erhoben, daß die Produktionsbrigaden die Ablieferung des Getreides an den Staat gewährleisten und die Kontrolle über dessen Verwendung in den Dörfern verstärken.<sup>1</sup> Das ist ein Beweis dafür, daß die Dezhaï-Politik die Landwirtschaft nicht aus der Misere herausführen kann.

In der Praxis läuft das Hauptbemühen Pekings auf wirtschaftlichem Gebiet derzeit darauf hinaus, daß sich die Lage in den Industriebetrieben, im Bauwesen und im Verkehrswesen im Rahmen der Kampagne für die Herstellung "allgemeiner Ordnung im Lande"

<sup>1</sup> Renmin Ribao vom 11. Mai 1977

normalisiert und die ernsthaften Schwierigkeiten überwunden werden, die infolge des akuten Mangels an Kohle, Koks, Marktgetreide, Stahl und Produktionsausrüstungen in der Volkswirtschaft bestehen.

Aufgrund der Kompliziertheit der Lage im Lande sind die jetzigen Führer gezwungen, den Termin für die Erfüllung der früher gestellten Aufgabe zu verlängern. Die Schaffung eines "mächtigen Systems der Industrie und Wirtschaft" wird jetzt nicht mehr für das Jahr 1980 vorgesehen, sondern für das Jahr 1985.<sup>1</sup>

Die Mißerfolge in der Volkswirtschaft der VR China machen es dringend erforderlich, Sofortmaßnahmen in der Wirtschaftspolitik zu ergreifen.

5. Die derzeitige Pekinger Führung zeigt sich nicht geneigt, von der maoistischen Wirtschaftspolitik abzurücken, sondern bekräftigt immer hartnäckiger die Gültigkeit der Zielsetzungen Mao Zedongs. In den Vordergrund stellt sie dabei Postulate wie "Den Klassenkampf als das Hauptkettenglied anpacken", "Die Revolution unter der Diktatur des Proletariats fortsetzen", "Die Politik ist die Kommandokraft" u. dgl. mehr. Die Funktionäre wie alle Werktätigen haben daher nach wie vor nur geringfügige Möglichkeiten, sich auf die Fragen der produktiven Arbeit zu konzentrieren.

Das beweisen auch die von Hua Guofeng für 1977 gestellten Aufgaben, in deren Mittelpunkt der Kampf gegen die "Vierergruppe" steht, sowie Hua Guofengs Interpretation der Losung "Von Dazhai lernen, von Daqing lernen", die beinhaltet, die "Vierergruppe"

<sup>1</sup> Rede des stellvertretenden Ministerpräsidenten der VR China Yü Quili auf der Beratung über die Verbreitung der Erfahrungen von Daqing

restlos zu entlarven und zu kritisieren, "einen kampffähigen Stamm" zu bilden, der Maos Linie entschlossen verteidigt, "revolutionierte Reihen" zu schaffen sowie "die Massenbewegungen weiterhin zu entwickeln und alle Kräfte anzuspannen".

Die zweite gesamtchinesische Konferenz zur Verbreitung der Erfahrungen von Dazhai, die im Dezember 1976 in Peking veranstaltet wurde (die erste Konferenz fand im Oktober 1975 statt), konzentrierte das Augenmerk nicht auf die Festlegung von Wegen zur Entwicklung der Landwirtschaft, sondern vor allem auf politische Fragen. Ähnlich gelagert war auch die gesamtchinesische Konferenz zur Vorbereitung der Erfahrungen von Daqing, die vom 20. April bis 13. Mai 1977 stattfand. Politische Fragen standen auch bei einer ganzen Reihe anderer gesamtchinesischer Konferenzen im Vordergrund, die sich mit der Lage in den einzelnen Volkswirtschaftszweigen befaßten (insgesamt gab es bis zum 1. Mai 1977 etwa 20 derartige Konferenzen).

Die Führung unter Hua Guofeng gibt zu, daß in der Wirtschaft Mißstände herrschen, erklärt sie aber durch "Sabotage von seiten der Vierergruppe", der man die durch den Stillstand der Betriebe sowie die Unruhen und die Konflikte auf örtlicher Ebene verursachten Riesenverluste anlastet. Die ausgeprägte Betonung der Schuld der "Vierergruppe" ist der Versuch, die Tatsache zu verschleiern, daß die gegenwärtige schwere Lage in der Volkswirtschaft der VR China in erster Linie das Ergebnis der Realisierung von Mao Zedongs Zielsetzungen ist. Gleichzeitig zeugen die angeführten Fakten von einer Verschiebung der Aufmerksamkeit der neuen Führer in Richtung auf eine praktische Lösung wirtschaftlicher Fragen.



Die Führung unter Hua Guofeng nimmt die Kritik an der "Vierergruppe" vor allem zum Anlaß, um dazu aufzurufen, "die durch die Schuld der 'Vierergruppe' verlorengegangene Zeit möglichst rasch aufzuholen". Das bedeutet weitere Intensivierung der Arbeit und Verlängerung des Arbeitstages ohne Lohnzuschläge. Auf der Konferenz zur Verbreitung der Erfahrungen von Daqing hat Hua Guofeng das ganze Land aufgerufen, dem "Geist von Daqing" zu folgen, d. h. "Lasten auf den Schultern zu transportieren, wenn keine Vorrichtungen da sind", "die Revolution mit fünf Schaufeln zu beginnen" und strikt die "zehn Nicht" einzuhalten: "Sich nicht vor Schwierigkeiten fürchten, den Tod nicht fürchten, nicht nach persönlichem Ruhm trachten, nicht nach Vorteilen trachten, nicht auf die Arbeitsbedingungen achten, nicht auf die Arbeitszeit achten, nicht auf Belohnung hoffen, sich nichts von der Dienststellung versprechen, sich nicht auf die eigenen Pflichten beschränken und nicht in Betracht ziehen, ob es sich um die 'Front' oder um das 'Hinterland' handelt..."

Bekanntlich ist das Jahr 1976 zum ersten Jahr des fünften Planjahres in der VR China erklärt worden. Es gibt indessen keinerlei Angaben zur Erfüllung des vierten Fünfjahrplanes oder zu den Entwürfen für den fünften Fünfjahrplan. Nicht einmal zu den Ergebnissen von 1976 und zum Plan für 1977 sind Angaben veröffentlicht worden. In Gesprächen mit Ausländern haben die Stellvertreter des Ministerpräsidenten des Staatsrates der VR China, Li Xiannian und Gu Mu, im April dieses Jahres ganz offen gesagt, daß die Ausarbeitung des Fünfjahrplanes bis jetzt noch nicht abgeschlossen ist. Die durch den "großen Sprung nach vorn" von 1958



unterbrochene planmäßige proportionale Entwicklung der chinesischen Wirtschaft ist also noch nicht wieder in Gang gekommen, und schon steht ein neuer "Sprung" auf der Tagesordnung.

Die Führung unter Hua Guofeng sieht die Lösung des Problems der Modernisierung der Landwirtschaft nicht in der Mechanisierung der Feldwirtschaft mit weitreichender Hilfe des Staates. Die Lösung ist für sie, daß sich die Kreise, die Kommunen und die Produktionsbrigaden "auf die eigenen Kräfte" stützen und daß "alle Kreise unter voller Nutzung der örtlichen Ressourcen aktiv kleine Industriebetriebe entwickeln..." (Referat von Chen Yonggui auf der Dazhai-Konferenz am 20. Dezember 1976).

Vom Wesen her nach wie vor maoistisch ist die Politik der gegenwärtigen chinesischen Führung in den Fragen der materiellen Lage der Werktätigen. Mao Zedong hatte bekanntlich im April 1956 erklärt, daß er "ständig dafür kämpft, daß man sich um das Leben der Massen kümmert". In der Folgezeit hat er jedoch die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten zwei Jahrzehnte hindurch eingefroren und später alle Forderungen nach Hebung des Lebensniveaus der Werktätigen als "Revisionismus" und "schwarzen Ökonomismus" bezeichnet. Auch Hua Guofeng spricht von Zeit zu Zeit davon, daß "man sich um die Belange der Volksmassen kümmern und deren Leben auf der Grundlage der Entwicklung der Produktion dementsprechend verbessern muß". Derartige Äußerungen waren verschiedenen ausländischen bürgerlichen Kommentatoren Anlaß, die Version zu verbreiten, die "Pragmatiker" wendeten sich in der Absicht, das Leben des chinesischen Volkes wesentlich zu verbessern, der Produktion zu. Praktisch hat sich indessen auf diesem Gebiet nichts

gatan; die gegenwärtige Führung ist den Werktätigen Chinas gegenüber keinerlei konkrete Verpflichtungen in dieser Hinsicht eingegangen und hat keine realen Maßnahmen festgelegt.

Die materiellen Bedingungen sind für die chinesischen Werktätigen nach wie vor außerordentlich schwer. In China gibt es immer noch ein striktes Kartensystem für Grundnahrungsmittel und für Industriewaren. Anfang Mai 1977 wandte sich das ZK der KPCh an die Leitungen der Parteikomitees der Ministerien und Ämter des Staatsrates der VRChina der Provinzen, Städte, Kreise und Großbetriebe sowie an die Kommandos der Verbände der VBA mit einem internen Brief, in dem unter Berufung auf die äußerst angespannte Lage in der Wirtschaft mitgeteilt wurde, daß die Normen für die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und einigen lebensnotwendigen Waren zeitweilig herabgesetzt werden.

Auf örtlicher Ebene wird der Aufruf "die Riemen enger schnallen und sich aktiver in die Arbeit einschalten, um unseren neuen Vorsitzenden Hua Guofeng in dieser für unseren Staat schweren Zeit zu unterstützen" verbreitet.

Der Lohn der chinesischen Arbeiter ist unverändert geblieben: in den niedrigsten Lohngruppen beträgt er monatlich 30 - 34 Yuan, in der höchsten (der 8.) Lohngruppe 100 Yuan. Die Lehrlinge, die einen Großteil der Produktionskollektive ausmachen, werden künstlich in der erstgenannten Kategorie belassen und erhalten meist 18 - 22 Yuan monatlich. Nach der Ausschaltung der "vier" wurden Gerüchte über eine Lohnerhöhung für einige Kategorien von Arbeitern mit niedrigen Lohngruppen in Umlauf gesetzt, doch bewahrheiteten sie sich nicht. Die sich verstärkende Intensivierung der Arbeit,

die unter dem Deckmantel verläuft, "die auf Verschulden der 'Vier' vertane Zeit aufzuholen", geht nicht mit einer materiellen Entschädigung einher.

Das Lebensniveau der Hauptmasse der Bauern bleibt extrem niedrig: Einigen Berechnungen zufolge hat ungefähr ein Viertel der Bauernfamilien im Lande nicht genug Lebensunterhalt. Eine Vorstellung über die Lage im Lande vermitteln folgende Angaben aus der Provinz Heilongjiang: Der Wert einer Arbeitseinheit beträgt laut Norm etwa zwei Yuan, insgesamt soll die Summe 200 Yuan im Jahr nicht überschreiten. Für Naturkatastrophengeschädigte ist eine Unterstützung (in manchen Brigaden entfallen auf eine Arbeitseinheit zwei Fen) vorgesehen - ihre Einkommen aus allgemeinen Fonds sollen auf 100 Yuan jährlich erhöht werden.

Die Entlohnung der Funktionäre großer und kleiner Brigaden, der "Barfußärzte", Tierärzte, Mechanisatoren, Schullehrer wird unter Berücksichtigung der Einschätzung ihrer Arbeit auf Versammlungen festgelegt; doch wird nicht gestattet, daß sie den Durchschnittsverdienst eines Mitglieds einer Produktionsbrigade übersteigt. Eine materielle Stimulierung wird praktisch nicht angewandt.

Die Perspektiven für die Hebung des Lebensniveaus der Werktätigen der VR China sind für die nächste Zeit ungünstig. Hua Guofeng bekräftigt die maoistische Zielsetzung, das bürgerliche Recht zu beschränken. Das versperrt der Stadt- und Landbevölkerung die Möglichkeit, die materiellen Bedingungen zu verbessern. Wie die Beobachtungen vergangener Jahre zeigen, besteht das Ziel der "Muster" von Dazhai und Daqing darin, durch grenzenlose Anspannung

der physischen Kräfte der Werktätigen und durch das erbärmliche Lebensniveau die Produktion zu vergrößern und größtmögliche Mittel aus der Industrie und der Landwirtschaft zur Erhöhung des militärischen Potentials herauszupressen. Daher steht die Ausdehnung dieser "Muster" in ihrer bisherigen Form auf das gesamte Land keineswegs mit einer möglichen Verbesserung des Lebens des chinesischen Volkes im Einklang. Mehr noch, die Presse der VR China beschuldigt die "Vierergruppe" des "schwarzen Ökonomismus", der "Verwirklichung der materiellen Stimulierung", der "Erweiterung des bürgerlichen Rechts", daß heißt, sie erhebt die gleichen Beschuldigungen, die diese Personen noch vor kurzem in Reden gegen eine Verbesserung der materiellen Lage der Werktätigen vorgebracht haben.

Die Wirtschaft der jetzigen Führung ist widersprüchlich. Sie ist nach wie vor auf die Militarisierung des Landes gerichtet und entspricht nicht dem Grundanliegen des Sozialismus, die Wirtschaft im Interesse des Lebensniveaus des Volkes zu entwickeln. Die Pekinger halten an den alten maoistischen Prinzipien fest, versuchen aber gleichzeitig im Interesse der Verwirklichung der großmachtchauvinistischen Ziele das Tempo der ökonomischen Entwicklung mit Hilfe realistischer Wirtschaftsmethoden zu beschleunigen. Jedoch ohne radikale Veränderungen in der Wirtschaftspolitik kann China keinen spürbaren Fortschritt in der Volkswirtschaft erreichen.

Die Vorbereitung auf den Krieg

6. Die chinesische Führung unter Hua Guofeng ordnet die Entwicklung der Volkswirtschaft der VR China offen den Belangen der Vergrößerung des militärischen Potentials unter.

Auf der Konferenz zur Verbreitung der Erfahrungen von Daqing erklärte Ye Jian ying: "Wir müssen unbedingt die Entwicklung der Hauptzweige der Industrie mit dem Schwerpunkt Stahlerzeugung beschleunigen, um eine mächtige Basis für unsere Verteidigungsindustrie zu schaffen und einen großen Fortschritt der Verteidigungsindustrie zu erlangen."<sup>1</sup> Die Pekinger Führer stellen die Aufgabe, wirtschaftlich maximal autonome, große Gebiete zu schaffen, die im Kriegsfall "selbständig kämpfen"<sup>2</sup> könnten. In der Propaganda wird hervorgehoben, daß die Vorbereitung auf einen Krieg nicht nur verstärkt, sondern auch beschleunigt werden muß, und daß diese Frage "mit dem Leben und Tod unseres Staates und unseres Volkes verbunden ist".<sup>3</sup>

Man muß berücksichtigen, daß der Kurs auf die Vorbereitung des Krieges in der vor kurzem (Januar 1975) angenommenen und gegenwärtig gültigen Verfassung der VR China und in den Dokumenten des IX. und X. Parteitagés der KP Chinas verankert ist.

Das militärische Potential Chinas wächst in beschleunigtem Tempo.

---

<sup>1</sup> Rede vom 9. Mai 1977

<sup>2</sup> Referat des Stellvertreters des Ministerpräsidenten des Staates der VR China Yu Qili auf der Daqing-Konferenz am 4. 5. d. J.

<sup>3</sup> Leitartikel in "Jiefangjun Bao" vom 5. Juni 1977



Der Rückgang in der Volkswirtschaft hat sich praktisch nicht auf die Arbeit der Betriebe der Rüstungsindustrie ausgewirkt. Das Hauptaugenmerk wird auf die Vervollkommnung der Raketen- und Kernwaffen gerichtet. Bereits in den ersten drei Monaten nach dem Tode Maos führte China drei Kerndetonationen durch, startete einen künstlichen Erdsatelliten und führte ihn wieder auf die Erde zurück. Allein im letzten Jahr wurde 4 Kerntests durchgeführt, während früher je 1 Versuch im Jahr stattfand. 1976 machten die direkten Militärausgaben 41,5 % der Zuwendungen des Staatshaushaltes der VR China aus, wobei ungefähr die Hälfte der Ausgaben für Raketen und Kernwaffen aufgewendet wurde. Angaben der UNO zufolge erreichte der Umfang der Militärausgaben der VR China 1976 21 Mrd. Dollar, was fast die Hälfte des gesamten zentralisierten Staatshaushaltes ausmacht. Der Aufbau und Inbetriebnahme neuer Produktionszentren der Nuklearindustrie in der Provinz Sichuan werden abgeschlossen. Zugleich wird der Vervollkommnung der vorhandenen und der Entwicklung neuer Muster konventioneller Waffen und technischer Kampfmittel große Aufmerksamkeit geschenkt.

Im Januar 1977 fanden in Peking vier Militärkonferenzen statt, auf denen Fragen der Ausrüstung der chinesischen Armee mit neuen Waffenarten und Probleme der Modernisierung der Rüstungsindustrie erörtert wurden. Radio Peking erklärt, die Verteidigungsausgaben würden weiter anwachsen.

Nach Ausschaltung der "Vierergruppe" werden in der Volksbefreiungsarmee Chinas Maßnahmen zur Festigung der Militärdisziplin, zur Hebung der Autorität der höheren militärischen Führungskräfte ergriffen. Der Schwerpunkt wird gegenwärtig auf die Erhöhung der

Anforderungen an die Gefechtsausbildung gelagt. Zu diesem Zweck wurde in der Volksbefreiungsarmee insbesondere eine breit angelegte Kampagne des Lernens von der "6. Kompanie der harten Knochen" entfaltet, als deren Hauptvorzüge hohe Disziplin und militärisches Können herausgestellt werden. In Propagandamaterialien, die an die Angehörigen der Streitkräfte gerichtet sind, wird mit Nachdruck der Gedanke vertreten, daß der Nutzen der politisch-ideologischen Arbeit in den Streitkräften jetzt vor allem an den Erfolgen des Truppenteils in der Gefechtsausbildung gemessen werden müsse.

Im ganzen Land wird der Bau von Tunneln und anderer militärischer Anlagen weitergeführt. Wie Mitglieder einer österreichischen Parlamentarierdelegation erklärten, die China Anfang 1977 besuchte, "sahen sie praktisch auf Schritt und Tritt in verschiedenen Städten fertige oder noch in Bau befindliche Bombenkeller". Die großen Naturkatastrophen, die sich 1976 in der VR China ereignet hatten, brachten die Idee Maos "tiefe Tunnel graben" in Kredit: In der Erdbebenzone, darunter auch in Peking, wurde ein Großteil der Tunnel, die entsprechend dieser Weisung Maos gegraben worden waren, zerstört, wodurch augenfällig wurde, daß die gewaltigen Mittel, die für deren Errichtung aufgewandt worden waren, verschleudert worden sind. Trotzdem wurde die Losung "tiefe Tunnel graben" nicht aufgehoben. Bezeichnend ist die folgende Tatsache: Im Mai 1977 hat das Stadtkomitee von Harbin der KP Chinas eine Beratung zum "Wohnungsbau" abgehalten; deren Schlussfolgerung läuft jedoch darauf hinaus, daß die "erfolgreiche Ausführung der ingenieurtechnischen Bauarbeiten eine wichtige Rolle bei der ... Führung der Schlacht in der Stadt spielt".<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Radio Harbin, 11. Mai d. J.

Anders ausgedrückt, es ging nicht um den Bau von Wohnungen, sondern von Bunkern.

In den an die UdSSR und die MVR grenzenden Gebieten ergreift die chinesische Führung aktiv eine ganze Reihe praktischer militärisch-politischer Maßnahmen, unter anderem die Umsiedlung großer Bevölkerungsmassen aus dem Inneren des Landes in die Grenzgebiete, die aktive wirtschaftliche Erschließung dieses Gebietes, den Bau von Verbindungswegen, Flugplätzen, Lagern. Großes Augenmerk wird in diesen Gebieten auf den Bau von Eisenbahnen und Straßen gerichtet, die militärische Bedeutung haben. Allein in der Provinz Heilongjiang wurden in den letzten drei Jahren über mehr als 50 Flüsse Brücken errichtet, eine 700 km lange Eisenbahnstrecke vom Süden in den Norden vorgetrieben und gleichzeitig Gleisanschlüsse und Straßen mit 400 km Gesamtlänge gebaut. In den genannten Gebieten Chinas sind ungefähr die Hälfte der Infanterie- und 85 % der Panzerdivisionen der Volksbefreiungsarmee sowie 50 % der Flugzeuge der Luftstreitkräfte stationiert. Es werden Anzeichen dafür sichtbar, daß die chinesische Führung beabsichtigt, die Doktrin des "Volkskrieges" zu korrigieren und von der strategischen Konzeption der Verteidigung zu der der Offensive überzugehen. In zahlreichen Materialien, deren Verfasser Militärs sind, wird mit Nachdruck der Gedanke geäußert, daß gerade die reguläre Armee das Rückgrat der Streitkräfte des Landes sei und die Kriegsziele durch geschickte Aktionen gut ausgebildeter und ausgerüsteter regulärer Truppen in modernen Operationen erreicht werden. (Früher wurde das Schwergewicht auf "Volk", den Partisanenkrieg und auf moralische Eigenschaften, nicht aber auf

Waffen gelegt.) Peking unterstreicht offen die Notwendigkeit, verstärkt mächtige See- und Luftstreitkräfte aufzubauen. Vorliegenden Angaben zufolge wurde auf einer im Februar d. J. in Peking abgehaltenen Beratung des Politbüros des ZK der KP Chinas unter Beteiligung von Oberbefehlshabern großer Militärbezirke die Notwendigkeit hervorgehoben, die Volksbefreiungsarmee nicht nur auf die Verteidigung, sondern auch auf den Übergang von Verteidigungs- zu Offensivaktionen vorzubereiten. Dabei unterstrich Hua Guofeng in einem Gespräch mit dem Kommando der Luftstreitkräfte, daß sich die chinesischen Flieger auch auf Offensivaktionen gegen die Sowjetunion vorbereiten müßten. Im März d. J. forderten Hua Guofeng, Ye Jianying und Li Xiannian während eines Treffens mit Leitungskräften der Akademie der Wissenschaften der VR China die Beschleunigung des Entwicklungstempos von Kern- und chemischen Waffen sowie Trägermitteln.

Wesentliche Hilfe für die Entwicklung des militärisch industriellen Potentials leisten die USA, Großbritannien, die BRD, Frankreich und andere imperialistische Länder. Sie gestatteten Raketen-, Kernenergie- und anderen Spezialisten aus dem Kreis der Personen chinesischer Abstammung, die in diesen Ländern ständig leben, die freie Ausreise in die VR China. Peking nutzt weitgehend die wissenschaftlichen und technischen Entwicklungen der Imperialisten zur Stärkung seines militärischen und wirtschaftlichen Potentials durch Ankäufe neuester Anlagen, moderner Technologie, technischer Spitzenerzeugnisse und Lizenzen für deren Herstellung. So lieferte die BRD Ende Dezember 1976 Mehrzweckhubschrauber der Firma Messerschmitt-Bölkow-Blohm nach China.



Die neue Führung Chinas bestätigte, daß der britischen Gesellschaft "Rolls Royce" der Auftrag zur Lieferung von Flugtriebwerken "Spey" erteilt sei und in der VR China ein Werk errichtet werde, das diese Triebwerke herstellen soll. Sie bestellte bei der japanischen Gesellschaft "Hitachi Seisakuzio" drei Sätze elektronischer Rechner usw.

Vorliegenden Angaben zufolge versucht die chinesische Führung in letzter Zeit beharrlich, vom Westen militärische Hilfe durch Lieferungen moderner Waffen und technischer Kampfmittel sowie Unterstützung bei der Entwicklung der Rüstungsindustrie zu erhalten. Zu diesem Zweck unterstreichen die Peking-Führer im verstärkten Maße in Gesprächen mit westlichen Besuchern (Strauß, Thatcher, Schlesinger u.a.) sowie chinesische Diplomaten in Westeuropa den "geringen Ausrüstungsgrad" der Volksbefreiungsarmee mit modernen Kampfmitteln, wodurch es ihnen erschwert werde, der "militärischen Gefahr" von Seiten der UdSSR entgegenzuwirken. Ernste Beachtung verdienen in diesem Zusammenhang die Besuche japanischer Militärspezialisten, die im Mai d. J. auf Einladung Pekings in der VR China weilten und denen die Möglichkeit gegeben wurde, die chinesischen Seestreitkräfte sowie einzelne Verbände der Landstreitkräfte der Volksbefreiungsarmee zu inspizieren. Wie die Japaner, die an diesen Besuchen teilgenommen hatten, erklärten, hörten sie "Klagen" der chinesischen Streitkräfte darüber, daß die Kampfmöglichkeiten der Streitkräfte der VR China begrenzt seien.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Agentur France Press, 21. Mai d. J.



Entsprechenden Angaben zufolge versucht die chinesische Seite, auf die japanische Gesellschaft "Mitsubishi Jukogyo" einzuwirken, die Technologie für die Herstellung modernster automatischer Schußwaffen zu erhalten.

Die Führung der VR China unter Hua Guofeng verfolgt aktiv den Kurs Mao Zedongs auf die Vorbereitung des Krieges, ungeachtet des Schadens, den er der Entwicklung der Volkswirtschaft des Landes zufügt, erschöpft die ohnehin begrenzten Ressourcen Chinas und schafft eine ernste Gefahr für die unmittelbaren Nachbarn der VR China wie auch für den Frieden in der ganzen Welt.

Einige Aspekte der sozialen und politischen Situation im Lande

7. Die Lage der Hauptklasse und sozialen Schichten der VR China hat keine wesentlichen Veränderungen erfahren:  
Die neue Führung begann, die Notwendigkeit des Stützens auf die Arbeiterklasse häufiger hervorzuheben, doch hat sich die reale Lage der Arbeiter in der chinesischen Gesellschaft nicht gewandelt. Forciert wird die Schaffung von "Gebieten neuen Typs", in denen "die Arbeiter mit den Bauern verschmelzen und die Stadt mit dem Dorf zusammenfließt".<sup>1</sup> Die Mechanisierung der Landwirtschaft soll hauptsächlich durch den Bau von kleinen Industriebetrieben in den Kommunen und Brigaden, durch ein "Sich-Stützen auf die eigenen Kräfte" und dadurch erfolgen, daß die Produzenten dieser Betriebe auch in der landwirtschaftlichen Produktion arbeiten (nach der

---

<sup>1</sup> Siehe Materialien zur Verbreitung der Erfahrungen von Dazhai und Daqing

Formel "sowohl Arbeiter als auch Bauer"). Infolgedessen ist das Problem der Konsolidierung der Arbeiterklasse der VR China, selbst das ihres quantitativen Wachstums, nach wie vor von einer Lösung weit entfernt.

Aus der VR China gehen keine Angaben über konkrete praktische Maßnahmen der neuen Führung ein, die Autorität der Arbeiterklasse in der Gesellschaft zu heben, günstigere politische, materielle und andere Bedingungen für sie zu schaffen. Bekanntlich hat Mao Zedong mit der "Kulturrevolution" einen konterrevolutionären Umsturz vollzogen, in dessen Verlauf die Avantgarde der chinesischen Arbeiterklasse - die KP Chinas als Partei marxistisch-leninistischen Typs - zerschlagen wurde. Damals wurde auch die Tätigkeit der Gewerkschaften unterbunden. Gegenwärtig erfüllt die KP Chinas ihre Funktion als Vorhut der chinesischen Arbeiterklasse nicht. Die Gewerkschaften sind ihres Rechts beraubt, die Interessen der Arbeiterklasse zu verteidigen. Die Arbeitsgesetzgebung, die den Arbeitern gewisse Privilegien garantiert, ist nicht wiederhergestellt. Bezeichnend ist, daß in öffentlichen Reden Hua Guofengs und anderer Führer die Gewerkschaften nicht einmal erwähnt werden.

Die gegenwärtige chinesische Führung hält das bisherige Verhältnis zur Bauernschaft aufrecht. Wie zu Lebzeiten Maos wird die Bauernschaft künstlich gespalten und werden aus ihr die "armen Bauern und unteren Mittelbauern" herausgelöst, die als Stütze des Regimes hingestellt werden.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Siehe z.B. die Rede Hua Guofengs und andere Reden auf der zweiten Dazhai-Konferenz

In der Propaganda ist die Erwähnung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft zu finden. Doch seine Festigung steht im Gegensatz zu dem Kurs auf die allgemeine Einführung der "Muster" von Dazhai und Daqing, der bereits deutliche Form angenommen hat. Die ökonomische Grundlage des Bündnisses der Arbeiter und Bauern bildet der Austausch von Erzeugnissen zwischen Stadt und Land, dem industriellen und dem landwirtschaftlichen Sektor. Daqing und Dazhai aber sind geschlossene Wirtschaftseinheiten, die sich sowohl mit industriellen als auch mit landwirtschaftlichen Gebrauchsgütern maximal versorgen sollen. Daher bleibt das Problem der ökonomischen Basis des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft offen.

Die neue Führung Chinas erklärt, sie wolle "das richtige Verhältnis" zur Intelligenz "wiederherstellen". In seinen Reden spricht Hua Guofeng davon, daß der Zusammenschluß mit den "breiten Massen der Intelligenz" abgeschlossen sei (Rede vom 25. Dezember 1976) und eine "große Armee einer eigenen Intelligenz" für die Arbeiterklasse erforderlich sei (Artikel vom 1. Mai 1977). In der chinesischen Presse tauchen Materialien auf, in denen verschiedene Momente der maoistischen Politik im Bildungswesen und in der Kultur kritisiert werden und Aufrufe ergehen, in Ungnade gefallene Kulturschaffende, die Opfer der "Vier" geworden sind, und einige Werke der Literatur und der Kunst zu rehabilitieren, die noch vor kurzem als "sittlich verderbt"<sup>1</sup> galten. Erneut wird die Losung "Laßt alle Blumen blühen, laßt alle Schulen miteinander wetteifern!"<sup>2</sup> propagiert.

<sup>1</sup> "Guangming Ribao", 31. 1., 8. 2., "Renmin Ribao", 18., 23. 1., 14., 16., 22. 2. d.J.

<sup>2</sup> "Renmin Ribao", 23. Mai 1977

Den neuen Führern geht es offenbar darum, einen Teil der Intelligenz auf ihre Seite zu ziehen und gleichzeitig dem maoistischen Grundkurs treu zu bleiben.

Hua Guofeng erwähnt ferner die "demokratischen Parteien" (die aus Vertretern der alten Intelligenz und der nationalen Bourgeoisie gebildet worden waren) und "patriotische Persönlichkeiten" als Teil der "revolutionären Einheitsfront". Damit wird die frühere Stellung der Vertreter der nationalen Bourgeoisie erhalten, die nicht erarbeitete Einkommen erhielten und als Abgeordnete des Nationalen Volkskongresses, als Mitglieder seines Ständigen Ausschusses usw. an der Tätigkeit der Machtorgane teilnahmen. An der Lage der Jugend hat sich kaum etwas geändert. Im Laufe des Kampfes gegen die "Vier" wurden in der Presse einige Seiten der maoistischen "Bildungsrevolution" (Delegierung von Personen zu den Hochschulen nach politischen Charakteristiken, unabhängig von ihrem Wissenstand, Abschaffung der Examen usw.) kritisiert. In verschiedenen Aufsätzen werden Vorschläge zur Wiederherstellung der früheren Ordnung im Unterrichtsprozeß (die Aufnahme an Hochschulen, Examen usw.)<sup>1</sup> unterbreitet. Doch finden derartige Forderungen keinen Niederschlag, weder in Reden der Pekinger Führer und offiziellen Dokumenten noch in der Umgestaltung der Arbeit der Lehranstalten. Nach wie vor gilt die Zielsetzung, "gebildete Jugendliche auf das Land und in die Berge" zu schicken. 1976 wurden aus den Städten (laut chinesischen Angaben) weitere zwei Millionen "Jungen und Mädchen mit Schulbildung"<sup>2</sup> aufs Land

<sup>1</sup> "Guangming Ribao", 29. März d. J.

<sup>2</sup> "New York Times" (mit Verweis auf "Guangming Ribao"), 13.10.76



geschickt. Ihre Gesamtzahl auf dem Lande betrug 14 Millionen. Diese Arbeit wird auch 1977 weitergeführt. Der Jugend werden immer die gleichen Aufgaben gestellt - das Studium der "Ideen Mao Zedongs" zu vertiefen, wie Lei Feng, "gehorsame Büffel", "nicht rostende Schraubchen" in der "Millionenarmee der Fortsetzer der Revolution" zu sein.<sup>1</sup>

Eine gesonderte Untersuchung verdient das Problem der Funktionäre ("Ganbu"), zu denen in den letzten 10 - 15 Jahren eine große Zahl neuer Personen hinzugekommen sind, die mit dem Maoismus fest verbunden sind. Zu Lebzeiten Maos waren die Funktionäre aller Ebenen systematisch Säuberungen und Überprüfungen unterzogen worden, waren sie zur Durchführung politischer Kampagnen aufs Land geschickt, regelmäßig zur "Stählung durch Arbeit", in die "Schulen des 7. Mai" entsandt worden, in denen Gehirnwäsche mit schwerer physischer Arbeit verbunden wird. Diese gesamte Praxis wird voll aufrechterhalten. 1976 gingen nach einer Mitteilung von Xinhua über anderthalb Millionen Funktionäre von Regierungsämtern aufs Land.<sup>2</sup>

In den letzten Jahren sind unter den Funktionären scharfe Gegensätze zwischen den alten und den "jungen" Kadern zu beobachten, die während und nach der "Kulturrevolution" aufgerückt sind. Vor Ausschaltung der "Vier" wurden die alten Funktionäre, die sich insbesondere mit Wirtschaftsproblemen befaßten, häufig als "Leute, die den kapitalistischen Weg gehen" und als Träger

<sup>1</sup> "Renmin Ribao", 5., 6., 7., 8., 9. März d.J., "Hongqi", Nr. 3/77

<sup>2</sup> Informationsbulletin der Agentur "Xinhua", Nr. 5672, 25. 12. 1976



"revisionistischer" Tendenzen (nach maoistischer Bewertung) hingestellt.

Im März 1977 schlug Hua Guofeng in einer Rede auf einer Arbeitsberatung des ZK der KP Chinas vor, die Säuberung und die Bildung neuer "Leitungsglieder" verschiedener Ebenen in der ersten Hälfte 1977 abzuschließen. Die Kaderprobleme dürfen jedoch nicht als gelöst angesehen werden. Vorliegenden Angaben zufolge stellten die Exporkömmlinge der "Kulturrevolution" ungefähr 70 % der Abgeordneten der jüngsten Tagung des Nationalen Volkskongresses, nahezu 50 % der Mitglieder des ZK der KP Chinas, das vom X. Parteitag gebildet wurde, über ein Drittel der Mitglieder der Parteikomitees und über 40 % der Mitglieder der Revolutionskomitees in den Provinzen sowie die Mehrheit in den Leitungsorganen der verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen.<sup>1</sup> In vielen Institutionen, Lehrinrichtungen und Betrieben ist die Lage nach wie vor gespannt, auf örtlicher Ebene sind Unstimmigkeiten und Verwirrung zu beobachten.

Die Pekingener Führung ist bemüht, die mittleren und unteren Funktionäre zu beruhigen, die steigende Spannung zu vermindern, und fürchtet das Aufflammen innerer Fehden, die für China charakteristisch sind. Sie ruft auf, "den Bereich des Schlagens einzuengen", "die Speerspitze von Anfang bis zum Ende gegen die Viererbande zu richten". (Rede Hua Guofengs, 25. Dezember 1976)

Die Sozialpolitik der chinesischen Führung unter Hua Guofeng steht im Gegensatz zu den Lebensinteressen der Werktätigen der VR China.

<sup>1</sup> Mitteilung von France Press aus Taipei vom 29. November 1976

8. Das System der politischen Leitung des Landes wird in der Form aufrechterhalten, wie es sich in der "Kulturrevolution" herausgebildet hatte.

Die KP Chinas, deren Mitgliederzahl 30 Millionen<sup>1</sup> übersteigt, ist wie früher eine politische Organisation, die ihre Tätigkeit auf der theoretischen Grundlage der Ideen Mao Zedongs aufbaut. Nach dem Sturz der "Vier" hat die Führung unter Hua Guofang keine wesentlichen Veränderungen in der Stellung und im Charakter der Tätigkeit der KP Chinas vorgenommen.

Die Leitungsorgane von unten nach oben sind nicht wählbar, und es gibt keine periodische Rechenschaftslegung der Parteiorgane vor ihren Organisationen. Faktisch beschränkt sich alles, wie es zu Lebzeiten Mao Zedongs war, auf die Unterordnung der Partei unter den Vorsitzenden des ZK der KP Chinas.

Alles Gerede über die "einheitliche Führung der Partei" verfolgt das eine Ziel: die Sicherung der Allmacht des "Führers". Die Pekinger Oberschicht verkündet offen als "großen Sieg", das sich "die führende Stellung des Vorsitzenden Hua Guofang durchgesetzt hat". Das ZK der KP Chinas gab die Weisung, "die Propagierung des genialen Führers, des Vorsitzenden Hua Guofang, in den Mittelpunkt zu rücken". Auf den im Zusammenhang mit dieser Weisung abgehaltenen Beratungen wurde vorgeschrieben, die Verpflichtung, "den Vorsitzenden Hua noch stärker zu lieben, die Viererbande noch stärker zu hassen", einzuführen. Es wurde die Losung aufgestellt: "die Liebe zum genialen Führer, dem Vorsitzenden Hua, drückt konzentriert die Liebe zur Partei, zum Staat, zur Armee und zum Volk aus."

<sup>1</sup> Siehe Rede Hua Guofangs vom 18. September 1976.

<sup>2</sup> Radio Shenyang, 17. 12. 1976

Die gegenwärtige Führung mißachtet selbst das Statut der KP Chinas, das auf dem X. Parteitag angenommen wurde. Seine Forderungen wurden mit Füßen getreten, als Hua Guofeng den Posten des Vorsitzenden des Zentralkomitees der Partei ohne Beschluß eines Plenums des ZK der KPCh einnahm.

Im Politbüro des ZK der KP Chinas, das auf dem X. Parteitag gebildet worden ist, sind von den 25 Personen noch 16 am Leben, von den 5 Stellvertretern des Vorsitzenden des ZK der KP Chinas ist einer tätig, von den 9 Mitgliedern des Ständigen Ausschusses des Politbüros 2. Größtes politisches Gewicht haben Hua Guofeng, Ye Jianying und Li Xiannian, die dem Anschein nach das regierende Triumvirat bilden.

Weiter bestehen bleibt der starke politische Einfluß der relativ jungen Kader, die im maoistischen Geiste erzogen worden sind und die sich während und nach der "Kulturrevolution" herausgebildet haben. Sie stellen einen großen Teil der Mitglieder des ZK der KP Chinas, des zentralen und örtlichen Partei- und Staatsapparates und der Armeekommandeure. Hua Guofeng konnte zur Macht gelangen nicht nur dank der Unterstützung durch die Oberschicht der Volksbefreiungsarmee, sondern auch durch die Unterstützung dieser Kader. Hua ist ebenfalls durch die Welle der "Kulturrevolution" emporgetragen worden, zur Arbeit in den zentralen Partei- und Staatsorganen herangezogen worden und wurde Ministerpräsident und erster Stellvertreter des Vorsitzenden des ZK der KP Chinas unter dem persönlichen Schutz Maos. In der Führung Chinas blieben auch andere Emporkömmlinge der "Kulturrevolution", Personen, die in der Vergangenheit mit den "Vier" verbunden waren: die Mitglieder des Politbüros des ZK der KP Chinas Wu De, Ji Dengkui, Wang Dongxing, Chen Xilian, Li Desheng, Chen Yonggui,

die Kandidaten des Politbüros Wu Guixian, Ni Zhifu und Saifudin. Unter diesen Bedingungen ist schwerlich mit einer wesentlichen Änderung der Innen- und Außenpolitik der Pekinger Führung, mit ihrem Abrücken vom Maoismus und mit einer Rückkehr auf den Weg des wissenschaftlichen Sozialismus zu rechnen.

Für die in der VR China bestehenden Zustände ist bezeichnend, daß die wichtigsten Entscheidungen, einschließlich der Entscheidungen über die Durchführung einer Massensäuberung der Partei, von einer kleinen Gruppe von Führern getroffen und nicht auf Zusammenkünften der Partei, sondern auf Wirtschaftskonferenzen bekanntgegeben werden. Obgleich in China von einem bevorstehenden Plenum des ZK der KP Chinas gesprochen wird und Hua Guofeng auf einer Geheimberatung im ZK der KP Chinas im März 1977 die Aufgabe gestellt hat, den XI. Parteitag vorzubereiten, wurde darüber öffentlich nichts bekanntgegeben.

Die Tätigkeit der Organe der Staatsmacht der VR China ist gehemmt. In den ersten Dezembertagen des Jahres 1976 fand die dritte (seit Januar 1975) Tagung des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses<sup>1</sup> statt. Ernsthafte Entscheidungen, z.B. über die Besetzung nicht besetzter staatlicher Funktionen (des Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, anstelle des verstorbenen Zhu De sowie der Posten, die durch den Fall der "Vier" und der Säuberung unter deren Anhängern frei geworden sind), wurden nicht getroffen. Eine Ausnahme bildet die Ablösung des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der VR China. Die Einberufung des Ständigen Ausschusses, die Wahl Deng Yingchao (der Witwe Zhou Enlais) zu einem der Stellvertreter des Vorsitzenden zielen offensichtlich darauf ab, die Stabilität der neuen

---

<sup>1</sup> Meldung der Agentur Xinhua vom 1. 12. 1976



Führung, ihre Treue zur "Linie Mao Zedong - Zhou Enlai" zu zeigen. Zugleich nimmt der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses die grundlegenden Funktionen, die in der Verfassung von 1975 vorgesehen sind (Auslegung der Gesetze, Annahme von Erlässen usw.) nicht wahr. Gleichermäßen werden keine Angaben über die Tätigkeit des Staatsrates der VR China, die gesetzgebende und die Verwaltungsarbeit, einschließlich der Ausarbeitung und der Bestätigung der Volkswirtschaftspläne und des Staatshaushaltes und die Kontrolle über dessen Nutzung usw. veröffentlicht.

Die neue Führung, die die "Vier" der Verwirklichung einer "faschistischen Diktatur", der "Unterdrückung" der Demokratie beschuldigt, läßt keine Absichten erkennen, jene demokratischen Normen wiederherzustellen, die früher in China bestanden hatten, einschließlich des allgemeinen Wahlrechts. In seiner Dezemberrede erklärte Hua Guofeng, daß 1977 "alle Provinzen, regierungsunmittelbaren Städte und Autonomen Gebiete die Versammlungen der Volksvertreter einberufen müssen". Doch fanden keine Wahlen zu diesen Versammlungen in der VR China statt, für die Januartagung des Nationalen Volkskongresses 1975 wurden die Abgeordneten eingesetzt. Nach Hua Guofeng sollen die örtlichen Versammlungen der Volksvertreter "auf der Grundlage eines allseitigen Meinungsaustausches und demokratischer Konsultationen die Genossen in die Revolutionskomitees wählen, die den fünf Forderungen des Vorsitzenden Mao Zedong an die Fortsetzer des Werkes der proletarischen Revolution entsprechen", das heißt, sie sollen eine Säuberung unter den Revolutionskomitees durchführen.

Seit der "Kulturrevolution" wurden die wichtigsten Entscheidungen in China vom ZK der KP Chinas, vom Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses, vom Staatsrat der VR China und von der



Militärkommission des ZK der KP Chinas getroffen. Letzteres Organ ist weder in der Verfassung der VR China noch im Statut der KP Chinas vorgesehen, doch spielt es eine wichtige Rolle bei der Führung des Landes, indem es zu der Gruppe der höchsten Partei- und Staatsinstanzen gehört. Die Militärkommission des ZK der KP Chinas, an deren Spitze Hua Guofeng getreten ist, führt die Armee, die Flotte, die Luftstreitkräfte, die Volksmiliz im Maßstab des ganzen Landes, leitet die Militärbezirke und über sie (die Oberbefehlshaber oder Politkommissare leiten die Revolutionskomitees in den Provinzen) die örtlichen Organe der Staatsmacht.

Die Armee ist gegenwärtig die wichtigste reale Kraft, die die Kontrolle über die Lage im Lande gewährleistet. Gegenwärtig kontrolliert sie voll und ganz die Volksmilizeinheiten (Minbing), die in letzter Zeit den Parteikomitees unterstellt waren. Doch gibt es auch in ihrer Oberschicht keine vollständige Einheit, unter ihren militärischen Führungskräften ist offensichtlich ein Machtkampf im Gange.

Als Vorsitzender des ZK der KP Chinas (nach der Verfassung der VR China von 1975 leitet er auch die Streitkräfte, die die Volksbefreiungsarmee und die Volksmilizeinheiten umfassen) und als Vorsitzender der Militärkommission des ZK der KP Chinas behält sich Hua Guofeng auch die Posten des Ministerpräsidenten des Staatsrates der VR China und des Ministers für öffentliche Sicherheit vor. Damit ist erstmalig in der Geschichte der VR China die Führung von Partei, Regierung, Streitkräften und Milizorganen sowie Sicherheitsorganen in den Händen eines Mannes konzentriert. Vom Gesichtspunkt der Machtkonzentration hat Hua Guofeng selbst Mao übertroffen.

Die gegenwärtige Lage zeugt davon, daß in China der Mechanismus der militärisch-bürokratischen Diktatur in all seinen

Teilen und Funktionen, einschließlich der Unterdrückungsapparat, völlig unangetastet geblieben ist.

9. Die innenpolitische Lage in der VR China ist durch Instabilität durch regelmäßige Zuspitzungen und Unruhen gekennzeichnet. Diese Instabilität des militärbürokratischen Regimes, die sich im vergangenen Jahr noch mehr verstärkt hat, ist Ausdruck der langwierigen permanenten Krise des Maoismus. Der maoistischen Führung gelingt es nicht, sich die Unterstützung der Mehrheit des Volkes zu sichern. Die negativen Folgen der Politik der Pekingener Führer und auch die ständigen inneren Auseinandersetzungen in der Führungsspitze selbst führen zu Schwankungen und zur Desorientierung vieler führender Vertreter der unteren und mittleren Ebene. Die maoistische Politik stößt auf den Widerstand gerade jener sozialen Kräfte (qualifizierte Arbeiter, Intelligenz), die für die Verwirklichung einer "Modernisierung" besonders notwendig sind. Die Instabilität des Regimes wird auch durch die ideologische Krise verstärkt, die sich in der tiefen Diskreditierung der maoistischen Vorstellung vom Sozialismus unter breiten Teilen der Bevölkerung und sogar in einem gewissen Absinken der Autorität Mao Zedongs und seiner "Ideen" äußert.

In den letzten Monaten des Jahres 1976 und zu Beginn dieses Jahres haben chinesische Rundfunksender in den Provinzen begonnen, Mitteilungen zu senden, die von Zusammenstößen und Unruhen auf örtlicher Ebene zeugen. Derartige Materialien sind auch in der Presse aufgetaucht. Verbreitet werden Informationen

über die Verhängung des Kriegszustandes in siebzehn Provinzen (Fujian, Hubei, Jiangxi, Hunan, Shanxi, Henan u.a.) die Stationierung von Einheiten der Volksbefreiungsarmee in Regierungsinstitutionen, in Fabriken und Betrieben, in Lehrinrichtungen und in Dörfern dieser Provinzen, die Vorbereitung einer "bewaffneten Meuterei" in Shanghai. Zur gleichen Zeit brachten westliche Nachrichtenagenturen Mitteilungen chinesischer Rundfunksender über einen erbitterten Kampf (mit Menschenopfern) und Übergriffen auf Regierungsinstitutionen in Wuhan, über Hinrichtungen in Hubei, über Streiks in Sichuan, wo "das wertvolle Leben vieler Klassenbrüder geopfert wurde", über Überfälle auf Parteiorgane in Yunnan, über ein "Chaos" in Zhejiang, über Kämpfe in Baoding und die Niederwerfung von Unruhen unter Anwendung von Gewalt, über Unruhen in Guizhou, über Überfälle auf Parteikomitees aller Ebenen in Shandong usw.<sup>1</sup>

Die chinesische Propaganda gibt der "Viererbande" die Schuld für diese Ursachen. Obgleich die Pekingener Führung erklärt, daß die gegenwärtige Lage im Lande "insgesamt gut" ist, gehen jedoch die Unruhen in vielen Provinzen weiter.<sup>2</sup> Das hat insbesondere Ye Jianying auf einer Beratung im ZK der KP Chinas im April 1977 zugegeben. Die chinesische Presse ruft weiterhin dazu auf, "konterrevolutionären Elementen, die die Revolution und die Produktion untergraben, einen Schlag zu versetzen."<sup>3</sup>

1 "Renmin Ribao", 28. Februar d.J. Mitteilungen der Agenturen UPI vom 24. und 26. 11. 1976, France Press vom 23. 3., 15. 4., Kyodo Tsushin vom 8. 2., Reuter vom 18. 2. d.J. u.a.

2 "Renmin Ribao", 17. Mai und Meldung von Xinhua, 19. Mai d.J.

3 "Renmin Ribao", 11. April 1977 und andere

Die Kräfte der öffentlichen Sicherheit werden zur direkten Kontrolle der Arbeit der Industriebetriebe und des Verkehrswesens (siehe beispielsweise die Materialien einer Beratung zur Arbeit der Eisenbahnen, einberufen vom Staatsrat der VR China im Februar 1977) herangezogen. In vielen Provinzen wird nach wie vor über jegliche Art von "Feinden" gerichtet, gehen Meldungen über zahlreiche Hinrichtungen und grausame Urteile ein.<sup>1</sup>

Die wirklichen Ursachen für die Unruhen sind vor allem in der Unzufriedenheit der chinesischen Werktätigen mit der gegenwärtigen Lage zu suchen. Die Aktionen auf dem Tiananmen-Platz Anfang April 1976 waren, wie das inzwischen klar ist, lediglich ein kleines Partikel jener Bewegung, die in ganz China ausgebrochen ist - die Massenaaktionen haben über 20 Provinzen und autonome Gebiete des Landes erfasst.

Die Lage spitzte sich erneut im Januar 1977 im Zusammenhang mit dem ersten Todestag Zhou Enlais zu. In Peking gingen die Ehrungen für Zhou damit einher, das in Großwandzeitungen und in Reden von Teilnehmern der Manifestationen politische Forderungen erhoben wurden. Darin wurden die Mitglieder des Politbüros des ZK der KP Chinas (der Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Oberbefehlshaber des Pekinger Militärbezirks Chen Xilian, der Oberbürgermeister von Peking Wu De) verurteilt, Aufrufe zur Rehabilitierung von Deng Xiaoping und Übertragung eines hohen Postens für ihn erlassen. Die Demonstranten versuchten, in die Residenz der obersten Führung, den Stadtbezirk Zhongnanhai, einzudringen. In Großwandzeitungen wurden "Bitten" geäußert, daß der "Vorsitzende Hua Guofeng und

---

<sup>1</sup> Meldung von France Press, 15. April d.J.



das Zentralkomitee der Partei baldigst die Bestrebungen des Volkes erkennen, schnellstens die sozialistische Volksdemokratie und die Freiheit wiederherstellen, den Massen das Recht garantieren, seine politischen Ansichten zu äußern und eine Kontrolle über die Leiter aller Instanzen ausüben.<sup>1</sup>

Unter dem Deckmantel der "Einführung der großen Ordnung" antworten die Behörden auf diese Äußerung der Unzufriedenheit der Werktätigen nicht mit sozialökonomischen Maßnahmen, sondern wie zu Lebzeiten Maos mit politischen Kampagnen, administrativen Zwangsmethoden und Repressionen, die mit Hilfe der Armee und Sicherheitskräfte ausgedbt werden. Der Hauptschlag wird gegenwärtig gegen die "Vier" und ihre Anhänger geführt. Das geschieht unter dem Deckmantel des Schutzes der Linie und der Ideen Mao Zedongs. Im vollen Gegensatz zu den Tatsachen werden den abgesetzten Personen die Unterwanderung der "Kulturrevolution" und nachfolgender politischer Kampagne, Aktionen gegen den "strategischen Kurs" Maos auf die Vorbereitung auf den Krieg usw. zur Last gelegt. Die Beschuldigungen gegen die "Vier" werden auf den gleichen Formulierungen aufgebaut, mit denen diese Personen selbst erst vor kurzem ihre eigenen Konkurrenten kritisiert hatten. Das zeigt erneut ganz deutlich, daß in der chinesischen Oberschicht ein Kampf nicht der "Linien" vor sich geht, wie das ihre Teilnehmer darstellen wollen, sondern von Personen, die auf derselben maoistischen Plattform stehen und sich nur in Nuancen und Akzenten voneinander unterscheiden.

---

<sup>1</sup> Meldung der Agentur Reuter vom 13. Januar d. J.



Eine vorläufige Analyse der Entwicklung Chinas nach dem Tode Maos zeugt davon, daß den Hauptinhalt des gegenwärtig vor sich gehenden Prozesses die Anstrengungen des "pragmatischen" Flügels der Maoisten ausmachen, das in der "Kulturrevolution" geschaffene maoistische Regime durch die Korrektur einiger der am meisten in Mißkredit geratenen Zielsetzungen zu retten, aufrechtzuerhalten und zu festigen. Diese Anstrengungen werden unternommen, um die heftige Krise zu überwinden, die alle Schwächen und Gebrechen des maoistischen Regimes, vor allem seiner Innenpolitik, extrem bloßgelegt hat. Die Lage wurde dadurch verschärft, daß ein Machtkampf zwischen den miteinander konkurrierenden Erben Maos ausgebrochen ist.

In diesen Prozeß greift die spontane antimaoistische Tendenz ein, die letztlich darauf gerichtet ist, den Maoismus nicht zu korrigieren, sondern ihn völlig über Bord zu werfen. Diese Tendenz bestand im maoistischen Regime ständig, zeigte sich in verschiedenen Formen, darunter in Volksunruhen, antimaoistischen Aktionen der Werktätigen.

Die gegenwärtigen Pekinger Führer sind bemüht, ihre Gegner von den Positionen eines wirklichen Kampfes gegen den Maoismus abzubringen, sie auf den Weg des "Reformismus" zu drängen, die Unzufriedenheit der Werktätigen als zweitrangige Faktoren abzutun, indem sie die Verantwortung für die Leiden, die der Maoismus hervorbringt, fiktiven Abtrünnigen und jenen in die Schuhe schiebt, die den Maoismus "entstellen". Die gegenwärtigen Führer der KP Chinas, die die Schuld für die Mißerfolge in der Wirtschaft, die mißliche Lage auf dem Gebiet der Kultur,

für den Verfall der Volksbildung, für die Repressionen der "Kulturrevolution" usw. auf die "Vier" abwälzen, versuchen, das maoistische Regime aus der Kritik herauszuhalten. So ergibt sich, daß der Maoismus an sich nicht schlecht ist, sondern schlecht ist das, was von den "Vier" falsch ausgelegt worden ist.

Die Geschehnisse in der VR China und die personellen Veränderungen in ihrer Führung zeugen nicht von grundlegenden Veränderungen im Charakter des maoistischen Regimes. Das Banner der "Idee Mao Zedongs" wird die gegenwärtige Pekinger Führung offenbar auch weiterhin hochhalten. Sie tastet die maoistische Grundlage ihrer Politik nicht an. Gleichzeitig bestehen in China weiterhin jene objektiven Bedingungen, an denen der Maoismus schmarrt, - wirtschaftliche Rückständigkeit, Übergewicht der ungebildeten oder halbgebildeten Bauernschaft, Schwäche und Zersplittertheit der Arbeiterklasse, Zähligkeit nationalistischer Vorurteile.

Selbstverständlich sind diese Umstände nicht ewig. In dem Maße, wie sich China entwickeln wird, wird die chinesische Arbeiterklasse, ihre Mitgliederzahl und ihre Bewußtheit wachsen, was den Aufbau einer wahren sozialistischen Gesellschaft in diesem Lande sichern wird.

II. Die internationale Politik Chinas nach dem Tod Mao Zedongs

Die außenpolitische Doktrin der gegenwärtigen Pekinger Führung

10. Grundlage der Außenpolitik der VR China bildet der großmachtchauvinistische Kurs

Die neue Führung hält an der subjektivistischen These Mao Zedongs über die sogenannte "Entartung" der Sowjetunion zu einem "sozialimperialistischen" Staat fest, negiert den Weltsozialismus als entscheidende Kraft der Gegenwart, bekräftigt das künstliche Schema der "Dreiteilung der Welt", erklärt, China sei zum "Stützpunkt der Weltrevolution" geworden, vertauscht den antiimperialistischen Kampf mit dem Aufruf zum "Kampf gegen Hegemonismus der Supermächte" und setzt auf die Unvermeidlichkeit eines neuen Weltkrieges.

Die Außenpolitik der VR China, die sich zu Lebzeiten Mao Zedongs und Zhou Enlais und unter ihrem unmittelbaren Einfluß herausgebildet hat, ist durch folgende Hauptwesenszüge gekennzeichnet:

- feindseliger Antisowjetismus und Kurs auf die totale ideologische und politische Konfrontation mit der UdSSR;
- die Linie der Entzweiung der sozialistischen Gemeinschaft mittels der Taktik des "differenzierten Vorgehens";

- das Bestreben nach Paktieren mit dem Imperialismus auf der gemeinsamen Plattform des Kampfes gegen Entspannung und andere positive Tendenzen im internationalen Leben, zur Untergrabung der Positionen der UdSSR und des Weltsozialismus;
- Fortsetzung der Linie zur Umwandlung der "Entwicklungsländer" in ihre besondere Einflußsphäre, ihre Konfrontation mit dem sozialistischen Weltsystem, verstärkter Flirt mit reaktionären Regimes, den Verbündeten des Imperialismus unter den Entwicklungsländern, das Bestreben, die Bewegung der Nichtpaktgebundenheit, ihrer antimperialistischen Orientierung zu berauben;
- Aktivierung der Versuche, die Grundwidersprüche in der Welt zu verschärfen und Konfliktsituationen zum Anheizen der Spannungen auszunutzen;
- Verstärkung der Spalter- und Wühltätigkeit gegen die internationale kommunistische Bewegung.

Die chinesische Führung, an deren Spitze Hua Guofeng steht, hat die Kontinuität des maoistischen Kurses auf dem Gebiet der Außenpolitik gänzlich beibehalten. Sie bestimmt ihren außenpolitischen Kurs nicht auf einer klassenmäßigen, sondern auf einer nationalistischen Grundlage. Hua Guofeng hat bereits Ende Oktober 1976 in einem Telegramm an den VII. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens die Unveränderlichkeit der Grundrichtung der chinesischen Außenpolitik, des Kampfes gegen den "Hegemonismus der Supermächte" hervorgehoben.



der hauptsächlich gegen die UdSSR gerichtet ist, wie auch die Absicht betont, "den Kampf gegen den modernen Revisionismus zu Ende zu führen", das heißt, gegen die internationale kommunistische Bewegung.<sup>1</sup>

Das Festhalten an diesem Kurs wird stets und ständig in allen Reden von Vertretern der gegenwärtigen Pekinger Führung bestätigt. "Sowohl im Innern des Landes als auch auf dem internationalen Schauplatz werden wir auch künftig hin unbeirrt und mutig auf dem vom Vorsitzenden Mao Zedong gewiesenen Weg vorwärtsschreiten", erklärte Hua Guofeng.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Im April 1977 unterstrich der stellvertretende Vorsitzende des Staatsrates der VR China, Li Xiannian, ein weiteres Mal: "Wir werden nach wie vor auch weiterhin unveränderlich die vom Vorsitzenden Mao Zedong ausgearbeitete außenpolitische Linie und seine außenpolitischen Zielstellungen in die Tat umsetzen".<sup>3</sup>

In einem Artikel Hua Guofengs, der dem Erscheinen des 5. Bandes der "Ausgewählten Werke Mao Zedongs" gewidmet war, werden die hegemonistischen Ansprüche Pekings erneut bekräftigt, die als antisozialistische und antisowjetische Ausfälle getarnt sind.

---

<sup>1</sup> Mitteilung der Nachrichtenagentur Xinhua vom 1. November 1976

<sup>2</sup> Rede vom 25. Dezember 1976

<sup>3</sup> Rede Li Xiannians am 7. April auf einem Empfang zu Ehren von M. Thatcher. Mitteilung der Nachrichtenagentur "Xinhua" vom 8. 4. 1977



Hua rechnet es Mao als Verdienst an, daß dieser den anti-sowjetischen Kurs begründet hat, der als Beitrag zum Kampf gegen "den modernen Revisionismus" dargestellt wird.

Als "Bereicherung" der Theorie des Marxismus-Leninismus wird die verleumderische These Maos von der "Entartung" der Sowjetunion zu einem "sozialimperialistischen Staat"<sup>1</sup> deklariert. Hua Guofeng leugnet gleich Mao die Existenz des sozialistischen Weltsystems und erklärt, "das sozialistische Lager habe aufgehört zu existieren".<sup>2</sup> Als strategisches Ziel wird nach wie vor die Aufgabe gestellt, "sich mit allen Ländern der Erde, mit denen man sich zusammenschließen kann, zu vereinen und gegen den Hegemonismus der beiden Supermächte, Sowjetunion und USA, vorzugehen".

Die neue Pekinger Administration, die insgesamt den maoistischen Kurs ohne Korrekturen weiterführt, geht darüber hinaus im Rahmen dieser Politik noch weiter nach rechts, indem sie sogar die frühere revolutionaristische Tarnung abwirft und noch mehr Bestrebungen zur Annäherung an den Imperialismus an den Tag legt.

---

<sup>1</sup>"Renmin Ribao" vom 1. Mai 1977

<sup>2</sup>Ebenda

Dieser weitere Rechtsruck ist in allen Hauptrichtungen der Tätigkeit Chinas auf dem internationalen Schauplatz zu beobachten:

- Im Zusammenhang mit der von den NATO-Kreisen entfachten Kampagne aus Anlaß einer gewachsenen "sowjetischen Bedrohung" hat Peking seine Arbeit zur Diskreditierung und Torpedierung der Entspannungspolitik noch mehr aktiviert.
- Die antisowjetische Propaganda in China hat zugenommen; von neuem wird die Erfindung verbreitet, die UdSSR hätte angeblich "nicht eine einzige Minute von dem Gedanken Abstand genommen, China zu verderben".<sup>1</sup> Von der neuen Führung der VR China werden Erklärungen abgegeben, in denen es heißt, daß es unmöglich sei, die Beziehungen zur UdSSR zu verbessern, mit der es angeblich "keine Aussöhnung geben kann".<sup>2</sup>
- Die feindseligen Ausfälle und die Wühltätigkeit gegen die anderen sozialistischen Länder (Kuba, Polen, CSSR, DDR, SRV u.a.) werden verstärkt.
- Immer deutlicher zeichnet sich das Bestreben Pekings ab, sich stärker dem Imperialismus anzunähern und die Hilfe des Westens bei der Entwicklung des militärisch-industriellen Potentials Chinas auszunutzen. Dabei sei der Umstand hervor- gehoben, daß dieses Bestreben ein wohlwollendes Echo in den herrschenden Kreisen der NATO-Länder auslöst.

<sup>1</sup> "Renmin Ribao", 27. Januar und 15. März 1977

<sup>2</sup> siehe Mitteilung der Nachrichtenagentur France Presse über das Gespräch eines Vertreters des Außenministeriums der VR China mit einer Gruppe französischer Journalisten am 1. Nov. 1976 und den Artikel in "Guangming Ribao" vom 17. Mai 1977

- In der "dritten Welt" schließt sich China in zunehmendem Maße mit den reaktionärsten Regimes zusammen, die dem Imperialismus verhaftet sind.

Die außenpolitische Linie Pekings darf nicht ohne Beachtung der in der Verfassung der VR China von 1975 fixierten und von den neuen Führern bekräftigten Aufgabe, China bis zum Jahre 2000 in eine mächtige Weltmacht zu verwandeln, bewertet werden. Die Lösung dieser Aufgabe dient dazu, die materielle Grundlage für die Realisierung der Strategie zu schaffen, die in der gleichen Form aufrecht erhalten wird, wie sie unter Mao Zedong entwickelt wurde, mit all ihrer Anmaßung, großmachtchauvinistischen Ausrichtung und ihren territorialen Ansprüchen. Der Hegemonismus der Pekinger Führung kam anschaulich durch die Aufstellung der These von China als dem "Stützpfiler der Weltrevolution" zum Ausdruck. Auf der Landeskongress zum Studium der Erfahrungen der Ölfelder von Dajing bekräftigte die chinesische Führung die Traue "zu dem von Mao Zedong gestellten großartigen Ziel - die USA in einigen Jahrzehnten in ökonomischer Hinsicht zu überholen," China noch mächtiger zu machen und "einen noch größeren Beitrag für die Menschheit" zu leisten. Nach den Ausführungen der jetzigen Führer Chinas zu urteilen, wollen sie ebenso wie Mao diesen "Beitrag" nicht für die Festigung des Friedens, sondern für die Entfesselung eines neuen Weltkrieges leisten.

Die Außenpolitik Pekings tritt in eine neue, für die Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus noch feindseligere und gefährlichere Etappe ein.

Das Paktieren mit dem Imperialismus und der Reaktion

11. In den Prioritäten der Außenpolitik Pekings sind die Kontakte mit dem Westen faktisch an die erste Stelle gerückt.

Nach der Aufgabe des klassenmäßigen Herangehens bei der Einschätzung der in der internationalen Arena wirkenden Hauptkräfte betreibt Peking nunmehr immer offener eine Politik des Paktierens mit allen reaktionären Kräften für den Kampf gegen die sozialistische Gemeinschaft, für die Erreichung seiner Großmachtziele. Die gefährliche Tendenz zur weiteren Annäherung an die USA, zur Erweiterung der Sphäre "gemeinsamer" oder "paralleler" Interessen zwischen Peking und Washington, zum Zusammengehen der Führer der VR China mit den aggressivsten Kreisen der Vereinigten Staaten sowie anderer Westmächte und auch Japans zur Untergrabung der Position des Weltsozialismus bleibt bestehen.

Symptomatisch aus der Sicht der Prioritäten der Pekinger Diplomatie ist die Ernennung Huang-Huas zum neuen Außenminister. Huang Hua spielte bereits in den 30er Jahren keine geringe Rolle bei der Herstellung und Entwicklung von Kontakten der chinesischen Führung zu den Amerikanern. In den letzten 5 Jahren seines Dienstes, den er in den USA als Ständiger Vertreter der VR China in der UNO versah, zeichnete er sich



durch feindselige Ausfälle gegen die Länder des Sozialismus und ihre gemeinsame Außenpolitik aus.

Bemerkenswert ist auch, daß die erste außenpolitische Amtshandlung Hua Guofengs als Nachfolger Maos darin bestand, daß er den Ex-Verteidigungsminister der USA Schlesinger empfing.<sup>1</sup>

Die chinesischen Führer betonen während ihrer Begegnungen mit USA-Repräsentanten stets, daß die Übereinstimmung der Positionen der VR China und der USA in internationalen Problemen weitaus wichtiger sei als die Fragen ihrer bilateralen Beziehungen. In einem Gespräch mit amerikanischen Kongreßabgeordneten am 9. Oktober 1976 würdigte Li Xiannian die Übereinstimmung der Interessen Chinas und der USA in Asien und im Pazifik und erklärte, die Gemeinsamkeit ihrer Interessen auf dem internationalen Schauplatz habe gegenwärtig eine weitaus größere Bedeutung als die diplomatische Gestaltung der Beziehungen zwischen beiden Ländern. Im Dezember des gleichen Jahres unterstrich Li Xiannian in einem Gespräch mit USA-Senatoren erneut genau den gleichen Gedanken, als er erklärte, daß für China die Hauptfrage jetzt die "Gefahr einer sowjetischen Expansion" sei, im Vergleich zu der die Taiwan-Frage von zweitrangiger Bedeutung sei.

Unmittelbar nach dem Machtantritt der Carter-Administration ließ die chinesische Führung dem neuen USA-Präsidenten durch die Verbindungsmissionen in Peking und Washington mitteilen, sie schenke der Politik der USA gegenüber der UdSSR besondere Aufmerksamkeit und mache von ihr die Zukunft der chinesisch-amerikanischen Beziehungen abhängig.

<sup>1</sup> "Renmin Ribao", 29. September 1976



Die ersten Kontakte Pekings mit der neuen Administration des Weißen Hauses ließen die Absicht der chinesischen Führung unter Leitung Hua Guofengs erkennen, die chinesisch-amerikanischen Beziehungen auf der Grundlage der Hintertreibung der Politik der Entspannung und der Einschränkung des Wettrüstens aufzubauen. Die Vertreter der chinesischen Führung und die Propagandamittel der VR China stehen auf den gleichen Positionen wie die Entspannungsgegner in den USA. Der Außenminister der VR China, Huang Hua, äußerte bei einem Empfang für Repräsentanten des USA-Kongresses den Gedanken, die Amerikaner würden unnötig viel Zeit bei den Verhandlungen über die Begrenzung der strategischen Rüstungen verlieren, einem Betrug oder einem Selbstbetrug erliegen.<sup>1</sup>

All das gestattete Präsident Carter und anderen Repräsentanten der höchsten Administration Washingtons zu erklären, "es lägen parallele strategische Interessen" der USA und der VR China vor.<sup>2</sup>

Gleichzeitig ist das Bestreben der USA offensichtlich, bei einer endgültigen Normalisierung der Beziehungen mit der VR China die Interessen Taiwans einschließlich der Sicherheit der Insel zu garantieren. Auf der Pressekonferenz am 14. Mai 1977 erklärte Präsident Carter: "Wir wünschen nicht, daß die Bewohner Taiwans einer Bestrafung oder einem Angriff ausgesetzt werden".

---

<sup>1</sup> New York Times vom 25. 28- und 31. März 1977

<sup>2</sup> Rede J. Carters in der UNO am 17. März 1977

In einflussreichen USA-Kreisen wachsen die Befürchtungen, daß sich die amerikanische Militärhilfe für China mit der Zeit gegen die globalen Interessen der USA kehren kann.<sup>1</sup>

Indem die USA von jeglicher Verantwortung für die Sabotage des Entspannungsprozesses und die Fortsetzung des Wettrüstens freigesprochen werden, stellt Peking die Sache in seiner Propaganda so dar, als ob die USA "gezwungen" seien, angesichts einer sowjetischen Bedrohung aufzurüsten und greift die Äußerungen reaktionärer Kräfte der USA auf, die die Entwicklung noch mächtigerer und gefährlicherer strategischer Atomwaffen fordern und unverhohlen die amerikanische Regierung aufrufen, eine härtere Position gegenüber der UdSSR einzunehmen.

Die Position Pekings läuft darauf hinaus, die USA auf der Grundlage gemeinsamer Interessen zur Annäherung an die VR China zum Kampf "Sperspitze gegen Sperspitze" gegen die Sowjetunion zu ermuntern und gleichzeitig auf alle mögliche Art und Weise eine Verschlechterung der Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion zu provozieren.

---

<sup>1</sup>"New York Times", 18. Mai 1977

12. Der wichtigste Partner Peking's in Asien ist Japan.

Unter den Bedingungen der Stärkung der Positionen des Weltsozialismus in Asien im Ergebnis des Sieges des vietnamesischen Volkes und des laotischen Volkes muß das Wohlwollen Peking's gegenüber dem japanisch-amerikanischen Militärbündnis und gegenüber den Bestrebungen des japanischen Kapitals zur Expansion in Südostasien und zur Festigung seiner Bindungen zu den ASEAN-Staaten auf antikommunistischer Grundlage Aufsehen erregen. Die chinesischen Führer setzen die beharrlichen Versuche fort, die herrschenden Kreise in Tokio zu einer antisowjetischen Allianz zu bewegen, indem sie die Forderung erheben, in den Vertrag über Frieden und Freundschaft mit Japan einen Artikel über den "gemeinsamen Kampf gegen Hegemonie" aufzunehmen, der faktisch gegen die UdSSR gerichtet ist. Hohe chinesische Militärs hatten im April 1977 eine Reihe von Begegnungen mit Vertretern der Verwaltung für nationale Verteidigung Japans, bei denen militärische Probleme behandelt wurden. Die chinesischen Führer gingen dabei soweit, für die Wiederherstellung des japanischen Kriegspotentials und für die Vereinigung Chinas mit den japanischen Militarismus in einer antisowjetischen, antisozialistischen Front im Osten einzutreten.

Die chinesische Führung nimmt Zuflucht zur Taktik des harten Drucks auf die Japaner, und zwar auf verschiedenen Ebenen. Im Januar 1977 ließ Hua Guofeng über den Vorsitzenden der Komeito-Partei Takeiri dem Ministerpräsidenten Japans Fukuda eine mündliche Botschaft zukommen, in der er betonte, daß

Peking nach der Einstellung Japans zu der Frage der Aufnahme eines antihegemonistischen Artikels in den Wortlaut des Vertrages beurteilen wird, ob Japan wirklich gewillt ist, einen Vertrag abzuschließen und die bilateralen Beziehungen zu verbessern.

Im Mai 1977 erklärte Li Xiannian einer Delegation der Sozialistischen Japans gegenüber: "Die Verzögerung des Vertragsabschlusses führt zu einem verstärkten Gefühl des Misstrauens zwischen Japan und China, das nicht wünschenswert ist."<sup>1</sup>

Im Bestreben, Japan in eine antisowjetische Allianz hineinzuziehen, ist Peking sogar bereit, auf einige seiner Interessen zu verzichten.

So reagierte zum Beispiel die VR China in keiner Weise auf die Erklärung des japanischen Ministerpräsidenten im Parlament am 5. März 1977, daß sich das eingeführte Gesetz über die 12-Meilen-Hoheitszone auch auf die an die Senkaku-Inseln anliegenden maritimen Gebiete "angestammten japanischen Territoriums" erstrecken wird, obwohl Peking früher seine Rechte auf diese Inseln vorgebracht hatte. Die chinesischen Behörden schweigen auch über das zunehmende Vordringen Japans nach Südostasien und über die Verstärkung des ökonomischen und politischen Einflusses Japans auf die Länder Asiens und des Pazifik.

---

<sup>1</sup>"Asahi", 17. Mai 1977



Die Pekinger Führung rechtfertigt die Politik der Widerbe-  
lebung des japanischen Militarismus und erklärt, "Japan muß  
die notwendige Bewaffnung zur Selbstverteidigung besitzen".<sup>1</sup>  
Mehr noch, der stellvertretende Außenminister der VR China,  
Yu Zhan, sprach in einer Unterhaltung mit einer japanischen  
Delegation von der Notwendigkeit, die Kräfte der Selbstver-  
teidigung Japans zu stärken, und deutete an, daß man Japan  
im Falle eines Krieges mit der UdSSR nicht allein lassen wird.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> "Renmin Ribao", 11. Januar 1977

<sup>2</sup> "Yomiuri", 17. Februar 1977



Der Kurs Pekings in Beziehung zu Japan läuft darauf hinaus, in diesem Land jene Kräfte zu unterstützen, die für die Militarisierung und den Revanchismus eintreten. Er schadet den Interessen des Sozialismus und des Friedens in Asien.

13. Unter der derzeitigen Führung wird die Politik Chinas gegenüber den Ländern Westeuropas auf der Grundlage der Feindschaft zur sozialistischen Gemeinschaft fortgesetzt. Peking spornt die reaktionären Kreise der westeuropäischen Staaten zur Sabotage der Entspannungspolitik und zu verstärkter Konfrontation mit den sozialistischen Staaten an. Die chinesische Propaganda behauptet nach wie vor, daß die Konferenz von Helsinki angeblich "nichts Positives für die Situation in Europa gebracht hat", daß Europa "der potentielle Hauptherd einer Weltkatastrophe" bleibt und daß "die Bedrohung" Westeuropas durch den Warschauer Pakt "noch mehr angewachsen ist".<sup>1</sup>

Die Annäherung Pekings an die westeuropäischen Länder, die zum NATO-Pakt gehören, vollzieht sich unter dem Deckmantel der Festigung der "allgemeinen Sicherheit" vor der zunehmenden Bedrohung durch den Warschauer Vertrag. In Gesprächen mit einer französischen Journalistendelegation im November 1976 formulierten offizielle Persönlichkeiten Chinas, darunter der Stellvertretende Ministerpräsident Li Xiannian, sowie leitende Mitarbeiter des Außenministeriums der VR China die Linie und Zielstellungen Pekings in den internationalen Angelegenheiten wie folgt: "Der Krieg ist

<sup>1</sup> Siehe Rede Li Xiannians auf dem Empfang zu Ehren M. Thatchers am 7. April 1977

unvermeidlich, Entspannung gibt es nicht": "Wir wollen, daß Europa mächtig ist und daß es seine Verteidigung gegen die Sowjetunion richtet".<sup>1</sup>

Peking animiert die Kriegsvorbereitungen und das Wetrüsten der NATO-Länder. Bereits 1975 hat es mit dem Hauptquartier dieses Blocks Kontakte hergestellt und stimmt faktisch seit dieser Zeit seine antisowjetischen Aktionen und seine antisowjetische Propaganda mit diesem imperialistischen Pakt ab. Das trat mit aller Deutlichkeit in der negativen Reaktion Pekings und der NATO-Länder auf den Vorschlag der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, in Europa nicht als Erste Kernwaffen einzusetzen, sowie in den Angriffen der chinesischen Presse auf die Initiativen der sozialistischen Staaten im Zusammenhang mit den Wiener Verhandlungen über die Verringerung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa zutage.

Im Kampf gegen die positiven Tendenzen in Europa setzt Peking nach wie vor seine Hoffnungen auf die am reaktionärsten gesinnten Politiker: die Tories in Großbritannien, die Revanchisten der westdeutschen CDU/CSU u. a.. Im November 1976 empfing man in Peking den Vorsitzenden der DC-Fraktion im italienischen Senat Bartolomei, im März/April 1977 den stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Filbinger und im April die Führerin der Konservativen M. Thatcher.

Die BRD steht weiterhin im Brennpunkt der Aufmerksamkeit der Westeuropa-Politik der VR China. Die Beziehungen zwischen China und der BRD entwickeln sich intensiver und umfassender als mit den anderen westeuropäischen Ländern. Besonderer Unterstützung

<sup>1</sup> Siehe Rede Li Xiannians auf dem Empfang zu Ehren M. Thatchers am 7. April 1977

seitens der chinesischen Führung erfreuen sich die revanchistischen Kräfte der BRD, die die Lage, die in Europa im Ergebnis der Nachkriegsentwicklung des Entspannungsprozesses entstanden ist, annullieren wollen.

Die chinesischen Führer solidarisierten sich mit dem militanten Antisozialismus dieser Kräfte, mit ihrer Treue zur Politik des weiteren Wettrüstens und der Torpedierung der Entspannung. Der Außenminister der VR China, Huang Hua, spornte die westdeutschen Revanchisten dazu an, das Prinzip der Unverletzlichkeit der Nachkriegsgrenzen in Europa zu revidieren, und belehrte Filbinger, er dürfe nicht zulassen, daß "die deutsche Nation für immer gespalten bleibt". Er äußerte den Wunsch, sie möge "in absehbarer Zukunft" wiedervereinigt sein. Von chinesischer Seite aus wurde auf jede Weise unterstrichen, daß die Interessen Chinas und der BRD in dieser Hinsicht übereinstimmen, was zur Durchführung einer abgestimmten Politik beitrage. Es ist eine weitere Aktivierung der Kontakte zwischen Peking und Bonn zu beobachten. Im Februar 1976 unternahm eine Delegation der CDU eine Reise in die VR China, der Alfred Dregger und Werner Marx angehörten. Sie wurden von Hua Guofeng empfangen, der schon allein durch das Treffen mit diesen Politikern, aber auch während der Unterredungen mit ihnen unzweideutig die Absicht unterstrich, den bisherigen politischen Kurs fortzusetzen. Der Vorsitzende des Agrarverbandes der FDP in Schleswig-Holstein, Uwe Ronneburger, stattete China einen Besuch ab. Zwischen Bonn und Peking wurde ein Austausch von Militärattachés vorgenommen. In China weilte der Bonner Minister für Wissenschaft und Forschung, Hans Matthöfer, der die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern auf dem Gebiet der Nutzung

der Kernenergie offiziell in die Wege leiten sollte. In die BRD fuhr eine Gruppe chinesischer Experten für Erdölförderung.

Die Pekinger Führer unterstützen alle Versuche der reaktionären imperialistischen Kräfte, das Vierseitige Abkommen über Westberlin zu hintertreiben, um somit diese Stadt erneut in einen gefährlichen Krisenherd zu verwandeln. Die vollständige und bedingungslose Unterstützung der Londoner Erklärung der drei Westmächte und der BRD zu Westberlin durch die Führer der VR China ist ein deutlicher Beweis für diese Haltung.

In seinem Gespräch mit M. Thatcher würdigte der stellvertretende Ministerpräsident Li Xiannian "viel Gemeinsames" in einer Reihe wichtiger internationaler Fragen bei den chinesischen Führern und der Führerin der britischen Tories, insbesondere in dem Bestreben, der Entspannungspolitik entgegenzuwirken, "von der keine Rede sein kann".<sup>1</sup> Im April 1977 versuchte er Abgeordnete des USA-Kongresses zu überreden, das man die US-Truppen aus Europa "nicht abziehen darf", daß sie "dort zweifellos eine positive Rolle spielen und nicht nur dableiben müssen, sondern auch zu verstärken sind".

In den Kontakten der chinesischen Führung mit Vertretern der extrem rechten Kreise westeuropäischer Staaten nehmen die Pläne einen wichtigen Platz ein, die Initiativen der sozialistischen Länder zur Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern und den

<sup>1</sup> Informationsbulletin der Nachrichtenagentur "Xinhua" Nr. 5777 vom 9. und 11. April 1977



Kapitalistischen Ländern auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zu hintertreiben, die erfolgreiche Durchführung des Belgrader Nachfolgetreffens von Vertretern der Staaten zu stören, die die Schlußakte der Gesamteuropäischen Konferenz in Helsinki unterzeichnet haben.

14. Die neue chinesische Führung ist immer stärker bestrebt, die Entwicklungsländer in eine Einflusssphäre Chinas umzuwandeln und sie zur Verwirklichung ihrer hegemonistischen Pläne auszunutzen. Sie nutzt auch weiterhin die Gewährung wirtschaftlicher, technischer und militärischer Hilfe für die Entwicklungsländer dazu aus, ihre Positionen in der "Dritten Welt" auszubauen.

Peking desorientiert die Entwicklungsländer. Unter dem Deckmantel des "Antihegemonismus" versucht sie sie in Gegensatz zu den sozialistischen Staaten zu bringen. Es hält die Entwicklungsländer vom Kampf gegen Apartheid, Rassismus und Imperialismus, für die endgültige Beseitigung aller Überreste des Kolonialismus ab.

Zu gleicher Zeit demonstriert China seine Solidarität mit reaktionären proimperialistischen Regimes und seine Feindseligkeit gegenüber den fortschrittlichen Kräften in der "Dritten Welt". Auf der XXXI. Tagung der UNO-Vollversammlung unterstützte es wiederum nicht die Aufnahme Angolas in diese Organisation. Dabei, wie auch in einer ganzen Reihe anderer Fälle, griff Peking gewissermaßen als Rechtfertigung seiner Position zu Ausfällen gegen die Sowjetunion und andere sozialistische Länder.

Trotz der breiten Übereinstimmung der Interessen der chinesischen Führer und der imperialistischen Mächte stehen ihrem Komplott das sich verändernde Kräfteverhältnis in der internationalen Arena und die konsequente koordinierte Politik der sozialistischen Staaten im Wege. Den chinesischen Führern gelingt es nicht, den Entspannungsprozeß rückgängig zu machen und eine allgemeine Konfrontation zwischen Sozialismus und Imperialismus hervorzurufen.

In Afrika gewährt Peking Zaire tatkräftige Unterstützung. Im April 1977 eilte China, Hand in Hand mit den imperialistischen Mächten handelnd, der Regierung Mobuto zu Hilfe. Aus China wurde sofortige Waffenhilfe nach Zaire in Marsch gesetzt.

Peking erweitert die Beziehungen zur faschistischen Pinochet-Junta in Chile. Die chinesischen Behörden haben der Junta gestattet, einen zinslosen Vorzugskredit in Höhe von 52 Mio Dollar zu nutzen, der noch 1972 der UP-Regierung gewährt worden war. Gegenwärtig laufen Verhandlungen über die Gewährung eines neuen chinesischen 50-Mio-Dollar-Kredits an die Junta. In Chile arbeiten 120 chinesische Experten. Die VR China hat Chile eingeladen, an der Kantoner Frühjahrsmesse 1977 teilzunehmen. Wie aus Äußerungen des chilenischen Botschafters in China Mitte April hervorgeht, beabsichtigt die Junta, die wirtschaftlichen und kulturellen Kontakte zu China zu aktivieren.

Die Pekinger Führer unterstützen unverhohlen die reaktionären Tendenzen in der Politik der ägyptischen Führung. Nach den regierungsfeindlichen Januaraktionen in der ARX leistete Peking Kairo militärische Hilfe und moralische Unterstützung.

In der Nahostfrage lehnt China die Resolutionen des Sicherheitsrates Nr. 242 (1967) und Nr. 338 (1973) ab und bezieht in der Frage der Genfer Konferenz eine negative Haltung. Auf der jüngsten Tagung der UNO-Vollversammlung nahm es an der Abstimmung über die Resolutionen zur Lage im Nahen Osten und zur Friedenskonferenz zwecks Beilegung der Krise in diesem Raum nicht teil.

Der moralischen Unterstützung Pekings erfreut sich auch das rassistische Regime der Republik Südafrika. Daher ist es kein Zufall, daß die führenden Politiker des rassistischen Südafrika sich in jüngster Zeit dafür aussprechen, mit der chinesischen Führung Kontakte anzubahnen und in afrikanischen Angelegenheiten zusammenzuarbeiten. Vorster rechtfertigt sogar seine Politik unter Berufung auf Mao Zedong.<sup>1</sup>

Die VR China, die in Worten ihre "entschiedene Unterstützung" der Positionen der Entwicklungsländer bekundet, demonstriert in ihren Taten Gleichgültigkeit gegenüber ihren echten Sorgen und Nöten.

So spricht sich China aus konjunkturellen Erwägungen für die Unterstützung der Vorschläge der Entwicklungsländer zur Schaffung kernwaffenfreier Zonen in Lateinamerika, Afrika, Südasien, im Nahen Osten und anderen Regionen der Welt aus. Die chinesische Delegation auf der XXXI. Tagung der UNO-Vollversammlung unterstützte die Resolution zu kernwaffenfreien Zonen in verschiedenen Regionen und zur Friedenszone im Indischen Ozean. Aber als der Vorschlag über die "allumfassende Untersuchung zu Fragen der kernwaffenfreien Zonen in all ihren Aspekten" zur Sprache kam, enthielt sich China der Stimme.

Nicht weniger demagogisch ist seine Haltung zu den Fragen der Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung.

<sup>1</sup> "Le Figaro", 23. Mai 1977

Die chinesischen Führer spielen sich als Verteidiger der Interessen und Forderungen der Entwicklungsländer auf, greifen eine Reihe von Forderungen auf und spitzen sie noch zu. Peking möchte daraus für sich selbst den maximalen Nutzen ziehen, die VR China in eine Sonderposition im System der Außenwirtschaftsbeziehungen der Länder der "Dritten Welt" bringen und, was das Wichtigste ist, diese Länder vom Kampf gegen ihre wahren Ausbeuter ablenken.

Um ihre Differenzen mit den Ländern der "Dritten Welt", insbesondere in der UNO, zu tarnen, benutzten die Chinesen auf der XXXI. Tagung der UNO-Vollversammlung nach wie vor die Form der Stimmenthaltung in den Fragen, zu denen sie im Prinzip eine negative Haltung bezogen und in Widerspruch zu der Position der meisten Entwicklungsländer standen. (Bei 20 Resolutionen von insgesamt 79, über die auf der Tagung abgestimmt wurde, enthielt sich China der Stimme.)

Die neue chinesische Führung führt gegenüber den Entwicklungsländern weiterhin eine reaktionäre Politik durch, die durch Feindschaft zur Sache des Sozialismus geprägt ist und die ausschließlich den imperialistischen und neokolonialistischen Kreisen und deren Agentur in der "Dritten Welt" zum Vorteil gereicht.

#### Aktionen gegen Entspannung und Abrüstung

15. Das Wesen der Außenpolitik Pekings trat ganz kraß auch in seinem Herangehen an eine Reihe aktueller, allgemeiner internationaler Probleme zutage.

Die Maoisten sind bestrebt, sich die Aktivierung der Entspannungsgegner in den westlichen Ländern zunutze zu machen und, indem sie



ihnen größtmögliche Unterstützung gewähren, zu versuchen, auf der Grundlage abgestimmter Aktionen des Westens und Chinas die Entspannungsprozesse rückgängig zu machen. Die Offensive gegen die Entspannung rechtfertigen die chinesischen Führer mit der Erfindung, die Zeit hätte angeblich ihren Bankrott nachgewiesen, sie sei angeblich als Schutzmantel der "sowjetischen Expansion" entlarvt worden, und die Gesamteuropäische Konferenz war "fruchtlos" und sei eine "europäische Gefahrenkonferenz" gewesen.<sup>1</sup>

Peking kommentierte beifällig den Appell verschiedener NATO-Organen zum weiteren Wettrüsten unter dem Vorwand, eine gewisse "Unausgewogenheit" im Kräfteverhältnis zwischen der NATO und der Organisation des Warschauer Vertrages ausgleichen zu müssen. Die Chinesen unterstützen auf jede Weise die EWG, entwickeln offizielle Beziehungen zu ihr und äußern den Gedanken, die westeuropäische Integration in militaristische Bahnen zu lenken.<sup>2</sup>

Die Positionen der chinesischen Vertreter auf den Tagungen der III. Seerechtskonferenz im Jahre 1976 und die Materialien der Pekinger Propaganda haben gezeigt, daß Peking auch in dieser Frage bestrebt ist, eine Konfrontation der UdSSR mit einer möglichst großen Zahl von Ländern auf politischem und ökonomischem Gebiet zu provozieren und den Entspannungsprozeß zu torpedieren.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Rede des Leiters der Delegation der VR China in der GNO am 5. Okt. 1975

<sup>2</sup> "Renmin Ribao" vom 11. Mai 1977

<sup>3</sup> "Renmin Ribao", 19., 20. und 26. Febr., 6. März 1977

In allen Grundfragen der gegenwärtigen Welt trägt die Haltung der chinesischen Regierung negativen und teilweise sogar provokatorischen Charakter. Am konzentriertesten tritt dies in der Tätigkeit der Chinesischen UNO-Delegation zutage. Seit 1971, da die Rechte der VR China in der UNO wieder hergestellt sind, hat die chinesische Delegation nicht einen einzigen konstruktiven Vorschlag eingebracht, ist mit keiner einzigen positiven Initiative hervorgetreten, die auf die Festigung des Weltfriedens und der Zusammenarbeit zwischen den Staaten abgezielt hätte.

Die chinesische Delegation war die einzige, wenn man von den Vertretern der Pinochet-Clique und der Republik Südafrika absieht, die gegen die Initiativen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder zur Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz, zur friedlichen Beilegung der Nahostkrise, zum vollständigen Verbot der Herstellung und Anwendung von Kernwaffen, zum Verbot der Produktion neuer Arten von Massenvernichtungswaffen, zum Verbot der Stationierung von Kern- und Raketenwaffen im Weltraum, auf dem Grunde der Ozeane und Meere, zur Verhinderung der Erst- anwendung von Kernwaffen usw. aufgetreten ist und dagegen gestimmt hat. Bezeichnend ist auch, daß die chinesische Delegation seinerzeit in der UNO gegen die Aufnahme eines Beschlusses über die Definition des Begriffes Aggression aufgetreten ist. Nicht unterstützt hat sie auch die Resolution des Sicherheitsrates, die einen Punkt über die Unzulässigkeit der gewaltsamen Gebietsaneignung enthält. Die Vertreter Pekings haben sich dagegen ausgesprochen, die Militärhaushalte der Ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates um 10 % zu reduzieren und einen Teil der eingesparten Mittel zur Unterstützung der Entwicklungsländer auszunutzen. Sie haben auf jede erdenkliche Weise versucht, die

Erörterung der Frage des Abschlusses eines Vertrages über das allgemeine und vollständige Verbot der Kernwaffentests zu stören. China betreibt aktive Kriegsvorbereitungen und widersetzt sich beharrlich allen Maßnahmen auf dem Gebiet der Abrüstung. Die VR China ist eines der wenigen Länder, das keinerlei Verpflichtungen bezüglich des Verbotes oder der Begrenzung der Entwicklung und Anwendung von Massenvernichtungswaffen übernommen hat.

Jegliche Appelle der friedliebenden Länder, die Sicherheit in Asien durch kollektive Anstrengungen aller asiatischen Staaten zu festigen und in den Beziehungen zwischen ihnen die Prinzipien der Gleichheit, der Achtung der Souveränität, der territorialen Integrität und der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten durchzusetzen, stoßen gleichfalls auf den entschiedenen Widerstand der chinesischen Führung.

Unter dem verlogenen Motiv des "Kampfes gegen den Hegemonismus der Supermächte" versucht Peking, dem allgemeinen Kurs der sozialistischen Staaten auf Entspannung und Abrüstung, auf Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Entwicklungsländer entgegen zu wirken. Es betreibt in vollem Maße ein Zusammenspiel mit den Kräften des Imperialismus, mit seiner Wühltätigkeit gegen den Weltsozialismus.

Die Feindschaft gegenüber dem Weltsozialismus und der kommunistischen Bewegung

16. Die Außenpolitik der VR China seit Maos Tod ist durch zügellose Feindschaft gegenüber der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern und zunehmende Wühlätigkeit gekennzeichnet, die darauf abzielt, die sozialistische Gemeinschaft zu untergraben.

Peking bewahrt völlig seine feindselige Haltung gegenüber der sozialistischen Gemeinschaft. Die chinesische Führung setzt die Spalterpolitik des sogenannten differenzierten Herangehens fort, wobei es noch verfeinertere Methoden als früher anwendet. Peking sieht seine Aufgabe darin, die Einheit der Bruderländer zu zerstören, ihren abgestimmten außenpolitischen Kurs durch die "ausgewählte Normalisierung" mit einzelnen Staaten bei Beibehaltung der feindseligen Haltung zu den anderen Staaten zu unterminieren. Die chinesische Seite versucht, einige sozialistische Länder davon zu überzeugen, daß angeblich eine "reale Möglichkeit für die Entwicklung der allseitigen Zusammenarbeit" mit ihnen besteht bei Beibehaltung des feindseligen Kurses Pekings gegenüber der sozialistischen Gemeinschaft als ganzes und insbesondere gegenüber der UdSSR. Zu Beginn des Jahres 1977 unternahm die chinesische Führung im Prinzip einen mit dem Imperialismus koordinierten Propagandaangriff auf eine Reihe sozialistischer Länder mit dem Ziel, konterrevolutionäre und antisozialistische Elemente zu stimulieren. Gemeinsam mit den Antikommunisten im Westen stellte sich Peking offen auf die Seite von Abtrünnigen und Renegaten verschiedener Schattierungen.



Verstärkt haben sich die Angriffe Pekings gegen die kollektiven Organe der Zusammenarbeit zwischen den Staaten der sozialistischen Gemeinschaft - die Organisation des Warschauer Vertrages und den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, die in der chinesischen Propaganda als Instrumente zur "Versklavung" der Völker anderer Länder durch die Sowjetunion bezeichnet werden. Einige Schwierigkeiten, denen die sozialistischen Staaten in ihrer ökonomischen Entwicklung begegnen, werden für Verleumdungen des auf die Freundschaft mit der UdSSR gerichteten Kurses dieser Länder ausgenutzt.

Zu diesem Zweck sind die chinesischen Führer unter Ausnutzung ihres Propagandaapparates bemüht, nationalistische Überbleibsel zu beleben und solche Probleme der zwischennationalen Beziehungen aufzuwärmen, die längst der Vergangenheit angehören und durch den Lauf der Geschichte überholt sind. Sie versuchen, die bekannten Ereignisse in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei verzerrt darzustellen, drängen die sozialistischen Länder zunehmend auf den Weg der nationalen Isoliertheit und benutzen Losungen von "Unabhängigkeit und Selbständigkeit".

Die Politik Pekings schadet den nationalen Interessen der sozialistischen Staaten.<sup>1</sup>

Für die Politik der derzeitigen Pekingener Führungsspitze ist das Bestreben charakteristisch, einen Keil zwischen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder zu treiben. Die Angriffe auf die Grundpositionen der Außenpolitik der UdSSR, auf den abgestimmten außenpolitischen Kurs der Staaten der sozialistischen

<sup>1</sup> Material zu dieser Frage legen die Delegationen der entsprechenden Bruderländer vor.

Gemeinschaft sind gleichzeitig auch gegen alle sozialistischen Länder gerichtet. Die Attacken der Pekinger Führung auf die UdSSR und die sozialistische Staatengemeinschaft sind gleichzeitig Attacken auf die nationalen Interessen jedes sozialistischen Landes.

In den in der chinesischen Presse veröffentlichten Materialien versucht die Pekinger Propaganda durch Entstellungen und offene Verfälschung von Fakten zu beweisen, daß in Bulgarien anscheinend Unzufriedenheit mit der Innen- und Außenpolitik der BKP und der Regierung der VR Bulgarien über die Freundschaft mit der UdSSR und die Beteiligung an der sozialistischen ökonomischen Integration herrscht. Es werden ebenso Versuche unternommen, bei anderen Balkanstaaten Mißtrauen gegenüber der Friedenspolitik Bulgariens hervorzurufen und es auf dem Balkan zu isolieren.

Die Behauptungen Pekings, daß der Balkan angeblich nicht vom Prozeß der Entspannung erfaßt ist, daß er ein Pulverfaß bleibt und daß gerade in diesem Gebiet ein dritter Weltkrieg ausbrechen kann, sind gegen den Geist von Helsinki und gegen den außenpolitischen Kurs der VR Bulgarien auf Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen, auf die Festigung des Friedens und der Sicherheit auf dem Balkan gerichtet.

Die regulären zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen Ungarn und der VR China beschränken sich nach wie vor nur auf den Warenaustausch und die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit.

Das frühere kontinuierliche Wachstum des Außenhandelsumsatzes der VR Ungarn kam zum Stillstand. Seine Erfüllung blieb in den letzten Jahren hinter dem Kontingent zurück. Der Umfang des Außenhandels vom vergangenen Jahr war sogar niedriger als der im Jahre 1975. Die chinesischen Außenhandelsorgane lehnen es ab, langfristige Verträge abzuschließen. Die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit erfolgt auch weiterhin in bescheidenen Dimensionen. In letzter Zeit ist die propagandistische Tätigkeit Chinas, die gegen Ungarn gerichtet ist, aktiver geworden. Das zeigt auch die Tatsache, daß seit Juli des vergangenen Jahres der chinesische Rundfunk Sendungen in ungarischer Sprache ausstrahlt. Während die chinesische Propaganda die Angriffe gegen die VR Ungarn verstärkt, unterbreiten offizielle chinesische Organe von Zeit zu Zeit Vorschläge über die Wiederaufnahme der Beziehungen auf kulturellem und sportlichem Gebiet und über den Touristenaustausch auf Vertragsbasis. Das Ziel besteht offensichtlich darin nachzuweisen, daß sie in der Lage sind, mit der VR Ungarn Beziehungen zu entwickeln, mit der Sowjetunion jedoch nicht. Ausgehend von unseren gemeinsamen Interessen werden solche Vorschläge gewöhnlich von der VR Ungarn abgelehnt und wird den außenpolitischen Bestrebungen Chinas kein Raum gegeben. Diese Bestrebungen sind darauf gerichtet zu demonstrieren, daß China mit der VR Ungarn bessere Beziehungen herstellen könnte als mit anderen Bruderländern.

Obwohl die Vertreter der VRCh ständig behaupten, daß sie angeblich gegenüber der DDR eine Politik des guten Willens verfolgen, "den Standpunkt der DDR achten" und für die Entwicklung der Beziehungen zu ihr ungeachtet der existierenden prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten eintreten, ist ihre Politik in Wirklichkeit gegen die legitimen und souveränen Interessen und Rechte der DDR gerichtet und schadet ihnen direkt. Die chinesischen Führer unterstützen offen die Positionen der nationalistischen und revanchistischen Kräfte des Imperialismus der BRD. Während der China-Reisen der reaktionärsten Vertreter der CDU/CSU (Jaeger im Herbst 1973, Strauß im Februar und September 1975, Dregger und Marx im Februar 1976 und Filbinger im April 1977) sowie auch von Vertretern der SPD, insbesondere des BRD-Kanzlers Schmidt, wurden die revanchistischen Thesen über die angeblich noch "offene deutsche Frage" über die "Einheit der deutschen Nation" unterstützt. Die Meldungen über den Aufenthalt Mondales in Westberlin und über die Erklärung zu Westberlin, die auf dem Londoner "Vierer"-Treffen angenommen wurde, zeigen, daß Peking jetzt offen und vorbehaltlos die Position der BRD in der Westberlin-Frage unterstützt. Außerdem versuchen die chinesischen Führer, sich beim Imperialismus der BRD einzuschmeicheln, indem sie ständig die Bezeichnung "Ostdeutschland" gebrauchen. Sie unterstützen auch die verleumderischen Angriffe auf die DDR im Zusammenhang mit den Ereignissen in Zaire.

Die maoistische Führung hat in den letzten Monaten ihre Angriffe gegen Kuba wegen dessen Beteiligung am siegreichen Kampf des angolanischen Volkes verstärkt.



Die gegen Kuba geführte Kampagne hat zum Inhalt, die kubanischen Kämpfer als Söldner im Dienste der Sowjetunion hinzustellen. Gleichzeitig werden Verleumdungen vorgebracht, denen zufolge sich Kuba in seiner Außenpolitik der Sowjetunion unterordnen würde. Ein weiterer Aspekt dieser Angriffe bezieht sich auf die Tatsache, daß Kuba Mitglied des RGW ist, weshalb es als Satellit und Stützpunkt für das Eindringen der Sowjetunion in den Karibischen Raum und allgemein in Lateinamerika mit dem angeblichen Ziel, diese Region ihrer Rohstoffe und Naturreichtümer zu berauben, bezeichnet wird.

Diese ganze Kampagne zielt darauf ab, das Ansehen Kubas in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas zu untergraben. Andererseits verbündet sich die maoistische Propaganda mit den militaristischen Kräften des USA-Imperialismus, der als Gendarm der lateinamerikanischen Völker fungiert und den Vorwurf gegen Kuba erhebt, ein sowjetischer Militärstützpunkt in der westlichen Hemisphäre zu sein. Als Vorwand dienen dabei die bestehenden militärischen Beziehungen zwischen Kuba und der UdSSR.

Gegenüber der MVR verfolgt die chinesische Führung weiterhin eine großmachtchauvinistische und expansionistische Politik, deren Endziel darin besteht, die brüderlichen Bande des mongolischen und sowjetischen Volkes zu zerstören und die annexionistischen Pläne der Großmachtchauvinisten zu verwirklichen. Die politische und ideologische Diversion gegen die MVR verstärkt sich immer mehr. Entlang der gesamten mongolisch-chinesischen Grenze wird die Spannung angeheizt. In den grenznahen Zonen werden forciert große Truppenverbände stationiert, wird der Bau von Militärflugplätzen, Startrampen für Raketen und andere

militär-strategische Anlagen verstärkt vorangetrieben.

In der letzten Zeit unternahm die Pekinger Führung eine Reihe von Aktionen, die gegen die PVAP, gegen die Interessen des polnischen Volkes und Staates gerichtet sind. Charakteristisch ist dabei, daß der Ton der chinesischen Propagandamaterialien, die gegen Polen gerichtet sind, deutlich feindlicher und brutaler wurde. Hauptobjekt der propagandistischen Angriffe Pekings waren das Bündnis und die brüderliche Freundschaft, die Polen mit der Sowjetunion verbinden. Eine gewisse Spezifik der antipolnischen Propaganda der Pekinger Führer besteht darin, daß sie direkt oder mit Hilfe Tiranas den Renegaten der polnischen kommunistischen Bewegung K. Mijał benutzt, der im Namen einer angeblichen "Kommunistischen Partei Polens" auftritt. Die Häufigkeit seiner Auftritte in der Pekinger Propaganda ist im besonderen Maße gestiegen.

Eine massive Eskalation der Angriffe der Pekinger Propaganda gegen Polen ist zu beobachten. Über die Agentur Xinhua und Radio Peking wurden eindeutig provokatorische, verleumderische Materialien, die rücksichtslos die Volksrepublik Polen, die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei und ihre Führung in den Schmutz ziehen, verbreitet. Das waren Fakten, die in den bisherigen polnisch-chinesischen Beziehungen keinen Präzedenzfall hatten. Unter diesen Bedingungen erachtete es die Parteiführung der PVAP für notwendig, nachdrücklich auf den krassen Gegensatz zwischen den zu verschiedenen Gelegenheiten abgegebenen Deklarationen der chinesischen Organe über ihre Bereitschaft zur Entwicklung normaler

zwischenstaatlicher Beziehungen mit Polen und den verleumderischen Praktiken, die für das polnische Volk und den polnischen Staat beleidigend sind, aufmerksam zu machen. Die polnische Seite hat auch die notwendigen Gegenmaßnahmen unternommen.

Die Pekinger Führung tritt weiterhin in ihrer Propaganda in der UNO und in anderen internationalen Organisationen mit groben Ausfällen gegen die CSSR im Zusammenhang mit den Ereignissen von 1968, gegen ihre brüderlichen Beziehungen zur UdSSR und zu den anderen sozialistischen Ländern und gegen ihre Außenpolitik insgesamt auf. In letzter Zeit brachte Peking seine Unterstützung für die Autoren des konterrevolutionären Pamphlets, der sogenannten Charta 77, zum Ausdruck. Damit mischt sich die chinesische Führung offen in die inneren Angelegenheiten ein und demonstriert ihr wirkliches Verhältnis zur sozialistischen Tschechoslowakei.

In Peking haben die Wiedervereinigung Vietnams und die Entstehung eines vietnamesischen Staates mit 50 Millionen Einwohnern an der Südgrenze Chinas, die Aktivierung der außenpolitischen

Tätigkeit der SRV und die Anstrengungen der KP Vietnams zur Anbahnung und Entwicklung der Beziehungen zu den kommunistischen Parteien und revolutionären Bewegungen Südostasiens Beunruhigung ausgelöst.

Die chinesische Führung versucht, politischen, wirtschaftlichen und militärischen Druck auf Vietnam auszuüben, seinen wachsenden Einfluß in Indochina und besonders die Entwicklung der Beziehungen der SRV zu Kampuchea und die Annäherung an Laos zu verhindern.

Sie spitzt das territoriale Problem zu, indem sie einen beträchtlichen Teil der Xisha-Inseln und der Nansha-Inseln beansprucht. Sie lehnt hartnäckig den Vorschlag der vietnamesischen Seite ab, diese Frage auf dem Wege von Verhandlungen zu lösen.

Die VR China hat die wirtschaftliche Zusammenarbeit und den Kulturaustausch mit der SRV stark eingeschränkt und weigert sich, mit der vietnamesischen Seite ein Abkommen über die wirtschaftliche Zusammenarbeit für 1976 - 1980 zu unterzeichnen. Die Führung Chinas besteht auf der Tilgung der Kredite, die es der DRV im Krieg gegen die USA-Aggression gewährt hatte. (Während die anderen sozialistischen Ländern die Schulden aus analogen Krediten abgeschrieben haben) was die vietnamesischen Freunde in Schwierigkeiten bringt.

Die Beziehungen der VR China zu Albanien haben sich 1976 merklich verschlechtert. Die chinesische Seite hat, darüber beunruhigt, Anstrengungen unternommen, um ein weiteres Auseinanderklaffen des Risses zu verhindern, der im Zusammenhang mit dem unterschiedlichen Herangehen an eine Reihe wichtiger Probleme



bereits früher entstanden war. Auf dem VII. Parteitag der Partei der Arbeit Albanians wurde die Frage der Rolle Chinas und der KP Chinas schweigend umgangen. Es wurden indirekt einzelne Aspekte der Außenpolitik Chinas kritisiert, und es wurde hervorgehoben, daß Albanien "unabhängig von der Windrichtung konsequent auf seinen alten Positionen beharren wird". Der Rechenschaftsbericht Enver Hoxhas an den Parteitag zeugt davon, daß Tirana und Peking nach wie vor eine unterschiedliche Einstellung zum USA-Imperialismus (bei den Albanern ist er der Hauptfeind), zur NATO und dem "Gemeinsamen Markt" (zu denen die Albaner eine zutiefst negative Einstellung haben) und zur SFBJ und zu Tito (die Albaner bewahren auch zu ihnen ihre negative Haltung) trennt.

Die Aktivierung der Wühlätigkeit Pekings gegen die Länder der sozialistischen Gemeinschaft bildet eine reale und zunehmende Gefahr sowohl für ihre Einheit als auch die grundlegende nationalen Interessen jedes dieser Staaten, was eine engere Koordination, die Verstärkung des Kampfes gegen die feindliche Tätigkeit der Maoisten gegenüber den einzelnen Bruderländern und ihre kollektiven Organisationen, den RGW und den Warschauer Vertrag, erfordert.

17. Die gegenwärtige chinesische Führung setzt weiterhin ihre subversive, spalterische Linie gegenüber der kommunistischen Weltbewegung fort. Nach dem Tode Mao Zedongs hat Peking mehrfach seine Absicht bekräftigt, auch weiterhin den Kampf gegen die wahren marxistischen Parteien zu führen und die Trupps seiner Anhänger zu stärken.

Am 9. September wurde in dem "Aufruf des ZK der KP Chinas, des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresses, des Staatsrates der VR China und des Militärates des ZK der KP Chinas an die gesamte Partei, die gesamte Armee und das Volk des gesamten Landes" Mao Zedong als besonderes Verdienst zugeschrieben, daß er "in der internationalen kommunistischen Bewegung einen großen Kampf entfacht hat - die Kritik am modernen Revisionismus", mit anderen Worten, daß er mit Ausfällen gegen die marxistisch-leninistischen Parteien aufgetreten ist.

In der "Erklärung" des ZK der KP Chinas, des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresses, des Staatsrates der VR China und der Militärkommission des ZK der KP Chinas vom 2. November 1976 wurde direkt das Ziel gestellt "zusammengeschweißt mit allen wahrhaft marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen in der Welt, gemeinsam mit ihnen den Kampf gegen den modernen Revisionismus zu Ende zu führen...".

In dem Artikel Hua Guofengs vom 1. Mai 1977 wurde unmittelbar nach der Behauptung, daß "der Vorsitzende Mao Zedong angesichts der wütenden Offensive der modernen Revisionisten den Marxismus-Leninismus entschlossen verteidigt hat", erneut der Aufruf bekräftigt, "dem Vermächtnis Mao Zedongs unbeirrt zu folgen und den Kampf gegen den sowjetischen Sozialimperialismus zu Ende zu führen".

Peking hat seine Kontakte zu den ausländischen Maoisten aktiviert.  
In der VR China weilten nach dem Tode Mao Zedongs Delegation von Anhängern Pekings aus Neuseeland, der BRD, Finnland, Italien,

Frankreich, Burma, Australien, Honduras, Norwegen, Paraguay, Schweden, Kolumbien, Belgien, der Dominikanischen Republik und Indonesien. Viele von ihnen wurden von Hua Guofeng empfangen.

Es fällt auf, daß die chinesische Presse heute im Unterschied zu früher ausführlich über die Äußerungen bei diesen Treffen informiert. Dabei wird in den chinesischen Erklärungen im allgemeinen die Tätigkeit der maoistischen Gruppen "hohes Lob" gezollt, wird ihnen "aufrichtiger Dank" für ihre Hilfe für China ausgesprochen, wird der Überzeugung Ausdruck verliehen, daß sich die maoistische Bewegung "weiter festigt und entwickelt" usw. Diese Form der Darlegung ist in erster Linie für die ausländischen Maoisten zugeschnitten. Sie soll ihnen versichern, daß Pekings Kurs in den internationalen Angelegenheiten unverändert bleibt, und ihre Zweifel zerstreuen.

Die chinesischen Führer orientieren die ausländischen Maoisten beharrlich auf größtmögliche Entfaltung von Aktivitäten, die sich gegen die Interessen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder richten. So belehrte Hua Guofeng am 4. April 1977 während eines Treffens den Vorsitzenden der sogenannten "Kommunistischen Partei Schwedens", Peterson, Hauptaufgabe der prochinesischen Gruppen Westeuropas sei "die Verstärkung des Kampfes gegen die Supermächte", vor allem gegen die Sowjetunion, nach allen Richtungen. Er wies auf die Notwendigkeit hin, zu diesem Zweck Demonstrationen, Kundgebungen und Versammlungen zu veranstalten und die Propagandaarbeit mit antisowjetischem und antisozialistischem Inhalt zu aktivieren, ungeachtet der Kosten. Hua rief dazu auf, alle Mittel in Bewegung zu setzen, um die Meinungsver-

schiedenheiten zwischen den kommunistischen Parteien Frankreichs, Italiens und Spaniens einerseits und den übrigen kommunistischen und Arbeiterparteien andererseits zu vertiefen.

Es fallen die Versuche auf, maoistische Gruppierungen neu zu konsolidieren und zu aktivieren, um sie als Instrument Pekings in der internationalen Arena zu nutzen. Es fanden Treffen von Maoisten einer Reihe von Ländern in Ludwigshafen (BRD) und Rom statt sowie auch eine Beratung prochinesischer Gruppierungen Lateinamerikas in Tirana. Die maoistische Ideologie nährt den Opportunismus aller Spielarten auch in anderen Ländern.

Die Anweisungen Pekings werden in der Tätigkeit der ausländischen Maoisten schon entsprechend praktisch umgesetzt. So plant die "Helsinki Marxistisch-Leninistische Gesellschaft", ihre Reihen von jenen zu säubern, die den innen- und außenpolitischen Kurs der Pekinger Führung nicht bedingungslos unterstützen. Sie beabsichtigt ferner, auf der Grundlage des Widerstandes gegen die Festigung der Zusammenarbeit zwischen Finnland und der UdSSR aktiv Kontakte mit Vertretern der rechten Parteien herzustellen.

Die portugiesischen Maoisten haben in den letzten Monaten eine enge Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratischen Partei Portugals aufgenommen, die für ihre Verbindungen zu rechten Gruppen in den USA bekannt ist.

Die norwegischen Promaoisten haben ihre Tätigkeit belebt. Den Schwerpunkt ihrer Arbeit haben sie von der Jugend auf die Gewerkschaftsorganisationen in den Betrieben verlagert und sind dazu übergegangen, verstärkt alle möglichen Massenveranstaltungen durchzuführen (Demonstrationen u. a.), die mit groben Ausfällen



gegen die sozialistischen Länder einhergehen. Ihre gesamte Tätigkeit spielt, politisch gesehen, nicht nur Peking in die Hände, sondern auch Washington und der einheimischen Reaktion.

Die jüngsten Ereignisse in China, speziell die Beseitigung der "Viererbande", haben - wie das auch in der Vergangenheit bei den üblichen Krisensituationen in der Politik Pekings der Fall war - bei den ausländischen Maoisten das Mißtrauen gegenüber der chinesischen Führung verstärkt. Das führt zur Vertiefung der Krise innerhalb der maoistischen Organisationen.

Die Unstimmigkeiten unter den prochinesischen Organisationen werden durch die chinesisch-albanischen Widersprüche vertieft, die sich seit der Beseitigung Jiang Qings und ihrer Anhänger ebenfalls merklich verschärft haben. Das Bestreben einiger maoistischer Organisationen wurde deutlich, die Verbindungen mit Albanien als Gegengewicht zu China zu verstärken. In der albanischen Presse werden in jüngster Zeit Beiträge von ausländischen Maoisten abgedruckt, in denen hinter vorgespiegelter Kritik an der "opportunistischen Linie neuen Typs" Peking verurteilt wird.

Bei einem Teil der Anhänger des Maoismus tritt immer klarer die Tendenz zutage, Tirana die Führungsrolle zuzuerkennen. Das ändert jedoch nichts am antisowjetischen, antisozialistischen Wesen der politischen Plattformen dieser Gruppierungen.

Dieser Umstand verschafft den Bruderparteien zusätzliche Möglichkeiten für den erfolgreichen Kampf gegen die antikommunistische Wühlätigkeit der Pekinger und der ausländischen Maoisten und erinnert zugleich an die Notwendigkeit, gegenüber der gefährlichen Tätigkeit Pekings in der kommunistischen Weltbewegung wachsam zu bleiben.

18. Analysiert man die Hauptrichtungen der Pekinger Außenpolitik, so erkennt man, daß die gegenwärtige Führung den großmachtchauvinistischen Kurs Mao Zedongs übernommen hat. Deshalb erhebt sich erneut das Problem, die Rolle des Antisowjetismus in der Politik Pekings richtig zu beurteilen. Die Sache ist die, daß der Antisowjetismus Pekings entgegen den Behauptungen der Maoisten und der antikommunistischen Propaganda des Westens nicht vom Zusammenstoß der Interessen Chinas und der Sowjetunion hervorgebracht wurde, sondern Folge des großmachtchauvinistischen Kurses der Maoisten ist. Mit dem Kampf gegen den "sowjetischen Großmacht-hegemonismus" und die "sowjetische Gefahr" tarnen die Maoisten ihren hegemonistischen Kurs. Auf antisowjetischer Plattform möchte sich Peking im Kampf gegen die Entspannung und gegen den Frieden mit den reaktionärsten Kreisen des Imperialismus vereinen. Diese Politik bedroht alle Völker.

Wiederholt hat die Pekinger Führung offen expansionistische Tendenzen erkennen lassen. 1959 und in den folgenden Jahren verübte China einige Aggressionsakte gegen das friedliebende Indien. Es aktivierte die Wühlätigkeit seiner Kreaturen in

Burma und unternahm bewaffnete Provokationen an der Grenze zur UdSSR und zu den anderen Nachbarländern. Als Aufhetzer betätigte sich Peking in allen kritischen Situationen der sechziger und siebziger Jahre, wo immer sie entstehen mochten - im Nahen Osten oder im Karibischen Raum, in Afrika oder in anderen Teilen der Welt.

Die maotistische chauvinistische Politik Chinas soll den Frieden torpedieren. Es ist völlig klar, daß nicht nur die Sowjetunion, nicht nur die Länder der sozialistischen Gemeinschaft an der internationalen Sicherheit interessiert sind.

In der neuen Verfassung der VR China ist der Kurs auf die Vorbereitung eines Krieges dokumentarisch niedergelegt. Im Grunde genommen ist dieses Dokument eine Art Manifest des unverhohlenen Militarismus. Das bedeutet aber noch nicht, daß der chinesische Militarismus nur die Sowjetunion bedroht. Jene Kräfte, die sich von den antisowjetischen Beschwörungsformeln Pekings in den Bann schlagen lassen, sollten die Politik realistisch bewerten, die die Interessen aller Staaten der Erde, auch die der westlichen, und den Frieden in der ganzen Welt unmittelbar berührt.

Mit aller Bestimmtheit läßt sich sagen, daß die Brandstifterpolitik Pekings weder dem Westen noch dem Osten, weder den kapitalistischen noch den sozialistischen Ländern und dem chinesischen Volk selbst Gutes verheißt.

X

Der dem Frieden und dem Sozialismus feindliche Kurs der chinesischen Führung ist von der absoluten Mehrheit der kommunistischen und Arbeiterparteien, von fortschrittlichen Persönlichkeiten in vielen Ländern wiederholt verurteilt worden.

Mit Fug und Recht kann man feststellen, daß die außenpolitische Linie, der Peking in den letzten 15 Jahren gefolgt ist, in der ganzen Welt gründlich in Mißkredit geraten ist.

Worte und Taten der chinesischen Führung, die Mao Zedong abgelöst hat, bestätigen die Richtigkeit und die Aktualität der prinzipiellen Urteile, die die Parteitage der Bruderparteien über Theorie und Praxis des Maoismus gefällt haben.

Eine große Gefahr bilden für alle friedliebenden Völker die fieberhaften Versuche Pekings, die Entspannung zu vereiteln, die Abrüstung nicht zuzulassen, Mißtrauen und Feindschaft zwischen den Staaten zu säen, sein Bestreben, einen Weltkrieg zu provozieren und selbst dabei sein Schäfchen ins Trockne zu bringen. Die Brandstifterpolitik Pekings widerspricht zutiefst den Interessen aller Völker, und ihr muß eine Abfuhr erteilt werden.

III. Der Kampf gegen die Theorie und die Praxis des  
Maoismus - eine aktuelle Aufgabe der Marxisten-  
Leninisten

19. Die marxistisch-leninistischen Parteien haben im politisch-  
ideologischen Kampf gegen den Maoismus, bei der Verteidigung der  
Prinzipien des Internationalismus und der Stärkung der Aktions-  
einheit der Bruderparteien beträchtliche Erfolge erzielt.



Die Herausgabe des fünften Bandes der "Ausgewählten Werke Mao Zedongs", die Äußerungen offizieller Persönlichkeiten Pekings und namentlich Hua Guofengs zu Hauptfragen der Politik Chinas beweisen, daß die chinesische Führung den Prinzipien des Maoismus voll und ganz die Treue bewahrt. Die Pekinger Führer sind offenbar nach wie vor bestrebt, die hohe Autorität, die der Marxismus-Leninismus und die Ideen des Sozialismus bei den chinesischen Werktätigen genießen, auszunutzen. Mao Zedong wird als der "größte Marxist-Leninist" unserer Epoche ausgegeben, der angeblich "auf allen Gebieten des Marxismus-Leninismus - in der Philosophie, der Politökonomie und dem wissenschaftlichen Sozialismus - einen hervorragenden Beitrag geleistet und die theoretische Schatzkammer des Marxismus-Leninismus aufs gewaltigste bereichert hat" (siehe Artikel Hua Guofengs "Fortsetzung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats bis zur Vollendung" zum Studium des fünften Bandes der "Ausgewählten Werke Mao Zedongs" "Renmin Ribao" v. 1.5.1977). Als ein großes Verdienst Maos bezeichnen Hua Guofeng und andere chinesische Persönlichkeiten, daß er China und die KP Chinas von der Politik der Freundschaft und der Zusammenarbeit mit den marxistisch-leninistischen Parteien und mit der Sowjetunion abgebracht und der Politik der Konfrontation und der Spaltung zugewandt hat. All das nennt Hua Guofeng einen großen Beitrag Maos zum "Kampf gegen den modernen Revisionismus".

Das Erscheinen des fünften Bandes, der Charakter der Auswahl der Arbeiten, die in diesen Band aufgenommen worden sind, ihre spezifische "Redaktion", die unter der Leitung von Hua Guofeng vorgenommen wurde, und die Artikel chinesischer Führer zum Erscheinen dieses Bandes bekräftigen die politisch-ideologische Kontinuität

zwischen der Linie der neuen chinesischen Führung und der früheren Linie Mao Zedong. In den Äußerungen chinesischer Führer und in der Propaganda werden die hegemonistischen Ziele der Pekinger Politik und das ganze Arsenal der grundlegenden strategischen und taktischen Zielsetzungen, die dem Kampf gegen die kommunistische Bewegung und das sozialistische Weltssystem gelten, wiederholt, werden die maoistischen Grundpostulate des kleinbürgerlichen Kasernensozialismus dargelegt und die fundamentalen methodologischen Grundlagen des Maoismus bekräftigt. Deshalb muß der entschlossene ideologische Kampf gegen den Maoismus fortgeführt, muß die Gefährlichkeit des Maoismus für den Weltsocialismus gründlich aufgedeckt und gezeigt werden, daß der Maoismus ein Antipode des Sozialismus ist, daß die maoistische Ideologie und Politik nicht nur mit der marxistisch-leninistischen Lehre unvereinbar, sondern ihr direkt feindlich gegenüberstehen.

Die maoistischen Thesen, die zu den Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus im Widerspruch stehen und die Lebensinteressen aller Völker bedrohen (die Fragen von Krieg und Frieden, der nationalen Befreiungsbewegung usw.) müssen intensiv und konkret kritisiert werden. Dieses Vorgehen kann in der Perspektive auch bei jenen politischen Kräften in China Verständnis finden, die versuchen, entweder auf den Maoismus zu verzichten oder ihn von seinen widerwärtigsten Aspekten zu säubern.

20. Auch unter der neuen Führung, an deren Spitze Hua Guofeng steht, bleibt der Maoismus eine Spielart des Antikommunismus.

Er wirkt eng mit dem Antikommunismus der imperialistischen Bourgeoisie und der anderen reaktionären und extremistischen Kräfte zusammen. Der maoistische Antikommunismus zeichnet sich durch extremen Chauvinismus, Sinozentrismus, Antisowjetismus und aggressives Hegemoniestreben aus. Er benutzt das staatliche und genossenschaftliche Eigentum für volksfeindliche, anti-sozialistische Zwecke, wobei er sich hinter marxistisch-leninistischer Phraseologie verschanzt, und nutzt die Autorität des Marxismus-Leninismus und des Sozialismus aus.

Die Hauptmethoden und -formen in der antikommunistischen Tätigkeit der Maoisten sind die Verleumdung der Innen- und Außenpolitik der Länder der sozialistischen Gemeinschaft und ideologische Diversion gegen die kommunistische Weltbewegung.

Der zunehmende Antikommunismus der Maoisten ist vor allem eine Reaktion Pekings auf den wachsenden Einfluß der sozialistischen Staatengemeinschaft in der Welt. Die neue chinesische Führung befürchtet den Einfluß der Autorität der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten auf China. Besonders beunruhigt sind die Maoisten über die Erfolge der sozialistischen Länder im Kampf für Frieden und Entspannung, über die Ergebnisse der Konferenz von Helsinki über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, über die neuen Errungenschaften der Länder der sozialistischen Gemeinschaft beim kommunistischen und sozialistischen Aufbau, bei der Hebung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Werktätigen.

Für die antikommunistische Haltung der chinesischen Führer ist kennzeichnend, daß sie ihre Angriffe gegen die Hauptaufgaben richten, die die KPdSU und die anderen Parteien der sozialistischen Länder für den Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und für die Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus formuliert haben. Die Verleumdung der Maoisten, in den sozialistischen Ländern sei "die Gesellschaft entartet", ist eine direkte Hilfe für die reaktionären Ideologen und die Politiker des Imperialismus bei ihren Versuchen, den demokratischen, humanistischen Charakter des realen Sozialismus zu verunglimpfen und zu bestreiten, daß im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Bruderparteien in den sozialistischen Ländern der Mensch, das Bemühen um die Befriedigung seiner materiellen und geistigen Bedürfnisse stehen.

Der Antikommunismus der Maoisten äußert sich auch darin, daß sie die Wachsamkeit der Völker gegenüber dem USA-Imperialismus und den anderen imperialistischen Mächten abzuschwächen und den Schlag von diesen abzuwenden versuchen. Um ihre Allianz mit dem USA-Imperialismus zu tarnen und die Einstellung des Kampfes gegen ihn zu rechtfertigen, suchen die Maoisten den Eindruck zu erwecken, daß der Kampf gegen den USA-Imperialismus zumindest nicht mehr so aktuell wie früher sei.

Dadurch, daß die Maoisten in holdher Eintracht mit der imperialistischen Propaganda handeln, helfen sie den herrschenden Kreisen der kapitalistischen Länder, die Aufmerksamkeit der Völker vom Erkennen der Ursachen der Wirtschaftskrise in diesen Ländern und der wahren Schuldigen für das Elend, das der Imperialismus den Millionen Werktätigen bringt, abzulenken.



Der Maoismus ist auf denselben Weg eingeschwenkt wie der alte Antikommunismus der kapitalistischen Welt und hat sich zum Handlanger des Imperialismus bei der Verdummung der Werktätigen der kapitalistischen Länder gemacht.

21. Der Maoismus tut sich mit dem "linken" und dem rechten Revisionismus zusammen. Alle Feinde des Marxismus-Leninismus, des proletarischen Internationalismus und des wissenschaftlichen Kommunismus suchen bei ihm Rückhalt. Unter dem Einfluß der maoistischen Ideologie und Politik haben sich die rechtsopportunistischen Angriffe auf den Marxismus-Leninismus und auf den realen Sozialismus verstärkt. Die maoistischen Zielstellungen werden immer aktiver für die "Rechtfertigung" nationalistischer Erscheinungen verschiedener Art, für die Leugnung der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus und der Prinzipien des proletarischen Internationalismus genutzt.

Gerade die Maoisten gliedern den Marxismus-Leninismus in "allgemeine" und "spezielle" Prinzipien. Sie propagieren auf jede erdenkliche Weise den Gedanken, diese internationale Lehre müsse in "nationale Heimstätten" eingeordnet werden. Diesem Thema dienen viele Materialien aus dem 5. Band der "Ausgewählten Werke Mao Zedongs" und der obengenannte "theoretische" Artikel Hua Guofengs.

Gerade der Maoismus ist, hinter marxistischer Phrasologie verschanzt, einer der erbittertsten Feinde des proletarischen Internationalismus, ein Apologet der nationalen Borniertheit und Isoliertheit. Den Kampf gegen den proletarischen Internationalismus führt der Maoismus von den Positionen des

Großmachtchauvinismus aus, wobei er gleichzeitig versucht, die nationalistischen Überbleibsel im Bewußtsein einzelner Menschengruppen in den sozialistischen Ländern anzuheizen und auszunutzen. Zwischen den Völkern der sozialistischen Länder Feindschaft und Entfremdung zu säen, ist die strategische Hauptlinie in der Wühltätigkeit der Maoisten gegen die sozialistische Staatengemeinschaft.

Die Erfahrungen, die in den letzten zehn Jahren im Kampf gegen den Maoismus gesammelt worden sind, verdeutlichen allen Marxisten-Leninisten sowohl die außerordentliche Bedeutung der Prinzipien des proletarischen Internationalismus als auch die Wichtigkeit, in der Tätigkeit jeder Partei, jedes Kommunisten das richtige Verhältnis zwischen Internationalem und Nationalem herzustellen.

Die Erfahrungen aus der chinesischen Revolution und die Lehren aus den Ereignissen in China in den letzten Jahren zeigen, zu welchen praktischen Folgen für die KP Chinas selbst und für den Sozialismus in China es führt, wenn der Internationalismus durch den Nationalismus ersetzt wird. Der proletarische Internationalismus, die Unterstützung der kommunistischen Weltbewegung und der internationalen Arbeiterbewegung, die internationalen sozialistischen Kräfte haben beim Sieg der chinesischen Revolution eine besonders wichtige Rolle gespielt. Gerade die internationale Solidarität, das enge Bündnis mit dem Weltsozialismus kompensierten die relative Schwäche des chinesischen Proletariats, halfen dessen führende Rolle gegenüber der Bauernschaft zu erkennen, hemmten den Druck des kleinbürgerlichen Elements und

der nationalistischen Ideologie auf die Arbeiterklasse und die Kommunistische Partei Chinas und verhalfen der Arbeiterklasse zu größerer politischer Autorität. Die Zusammenarbeit und das enge Bündnis mit dem Weltsozialismus sicherten der jungen Volksrepublik China nach dem Sieg der chinesischen Revolution den Schutz vor der imperialistischen Aggression und neutralisierten die vom USA-Imperialismus organisierte Wirtschaftsblockade gegen die VR China.

Die Geschichte der chinesischen Revolution und der chinesischen kommunistischen Partei verdeutlicht: Gerade in den Perioden, in denen die Partei fest und konsequent am Prinzip des proletarischen Internationalismus festhielt, erzielte sie in der Revolution und beim sozialistischen Aufbau die größten Erfolge.

Ideologie und Politik des Maoismus richten sich gegen die grundlegenden Leitsätze der marxistisch-leninistischen Lehre, gegen das eigentliche Wesen des Sozialismus, gegen die Grundlagen der kommunistischen Weltbewegung.

Versöhnlichkeit im Kampf gegen den Maoismus kann den anti-marxistischen und antisozialistischen Zielen Pekings dienstbar gemacht werden, vermag die Kraft der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung zu schwächen und kann zu einer Form des Opportunismus werden.

Bedenkt man diese Tatsachen, so kann man nicht übersehen, wie aktuell der Kampf gegen die Versuche des Maoismus, das Auftreten und die Ausweitung nationalistischer Entstellungen zu fördern, für die kommunistische und Arbeiterbewegung ist.

Für die revolutionäre Weltbewegung, für alle wirklich demokratischen Kräfte wird der Kampf gegen den Maoismus heute zum unabdingbaren Bestandteil des Kampfes für Sozialismus, Frieden und internationale Zusammenarbeit, für Freiheit und Unabhängigkeit der Völker. Dieser Kampf trägt prinzipiellen Charakter, und er ist gerade deshalb für China selbst, für das chinesische Volk von so vordringlicher Wichtigkeit, weil er die Verteidigung der sozialistischen Entwicklungsperspektive der VR China zum Ziel hat.



Schluß

Analysiert man die innere Lage und die Außenpolitik Chinas sowie die ideologischen Prozesse, die sich dort abspielen, so kommt man zu dem Schluß, daß die chinesische Führung, die sich nach dem Ableben Mao Zedongs und der Ausschaltung der "Viererbande" herausgebildet hat, eine Linie durchführt, in deren Mittelpunkt die "Vorbereitung auf einen Krieg", die Verwirklichung der maoistischen Gesellschaftskonzeption im Lande und die Verwirklichung eines friedensfeindlichen, militanten antisozialistischen und antisowjetischen Kurses in der Außenpolitik stehen. Die ideologische Plattform und das politische Programm der neuen Führung bleiben somit ihrem Charakter, ihren Zielen und ihren Methoden nach maoistisch. Ihr außenpolitischer Kurs ist weiterhin großmachtchauvinistisch und letztendlich auf die Erringung der Welt hegemonie gerichtet. Ohne sich von den maoistischen Grundpostulaten loszusagen, sind die jetzigen Führer gezwungen, in ihrer Politik in bestimmtem Maße die Vielfalt der noch ungelösten Probleme in Rechnung zu stellen. Über die Wege und Methoden ihrer Lösung bestehen in der Pekinger Führungsspitze gewisse Meinungsverschiedenheiten. Die Pläne und Ziele der gegenwärtigen Führer der VR China beinhalten die Keime neuer Auseinandersetzungen, Widersprüche und Konflikte.

Deshalb gibt es zur Zeit keinen Grund zur Annahme, China gehe vom Maoismus ab und kehre auf den Weg des wissenschaftlichen Sozialismus zurück. Es gibt exakte Kriterien, an denen sich eine solche Wende, sollte sie sich vollziehen, mit Bestimmtheit messen läßt. Das sind die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen

Revolution und des sozialistischen Aufbaus, die in den Dokumenten der kommunistischen Weltbewegung niedergelegt sind. Von einer Rückkehr Chinas zum wissenschaftlichen Sozialismus kann erst die Rede sein, wenn die chinesische Führung die Absicht bekundet, diese Gesetzmäßigkeiten zur Grundlage ihrer Tätigkeit zu machen. Das aber kann nur geschehen, wenn die Führer von den Grundinteressen des chinesischen Volkes ausgehen werden und, wie auf den Parteitagen der marxistisch-leninistischen Parteien gesagt wurde, wenn man in Peking zu einer Politik zurückkehrt, die tatsächlich auf dem Marxismus-Leninismus beruht, den feindlichen Kurs gegenüber den sozialistischen Ländern aufgibt und den Weg der Zusammenarbeit und Solidarität mit der sozialistischen Welt einschlägt. Diese Wende ist bisher nicht eingetreten.

Die geschichtlichen Erfahrungen, besonders aus den letzten 20 Jahren, beweisen ganz offenkundig, daß China auf den Bahnen des Maoismus keinen Ausweg aus der Rückständigkeit findet, daß der Maoismus den objektiven Entwicklungsbedürfnissen des Landes, dem Sehnen des chinesischen Volkes widerspricht. Die Werktätigen der VR China wollen sich mit den jetzigen Lebens- und Arbeitsbedingungen nicht abfinden. Noch sind ihre Aktionen nicht organisiert, sind sie spontan und nicht immer bewußt, aber die Tendenz ihres Anwachsens ist vorhanden. Der Grundwiderspruch, der die innenpolitische Instabilität in China erzeugt, ist deshalb nicht der Konflikt zwischen "Linken" und "Pragmatikern" oder irgendwelchen sonstigen Gruppierungen der Maoisten, sondern der Zusammenstoß der Interessen der breiten Massen der Werktätigen, die nach einem gesicherten und demokratischen Leben streben, mit dem Maoismus, der das chinesische Volk zu unendlichen Entbehrungen und Rechtlosigkeit verdammt.

Die Analyse hat unsere Einschätzung bestätigt, "daß der Tod Mao Zedongs nicht automatisch zur Überwindung des Maoismus als einer der Marxismus-Leninismus feindlichen Ideologie geführt hat und nicht dazu führen wird".

Die gegenwärtige Lage in der Welt erhebt den gemeinsamen Widerstand gegen die internationale Politik Pekings und ihre konsequente Entlarvung gegenüber den Völkern der ganzen Welt zu einem der wichtigsten Probleme. Mit Antisowjetismus getarnt, verübt die derzeitige chinesische Führung einen Anschlag auf die Interessen der sozialistischen Staaten, attackiert sie die sozialistische Staatengemeinschaft, betreibt sie Wühlarbeit in der kommunistischen Bewegung und tritt sie offen gegen die Kämpfer für nationale Befreiung auf. Unter der Flagge des Antisowjetismus sucht sie die internationale Entspannung zu untergraben und die Lage in der Welt aufs äußerste zuzuspitzen.

Die grundlegende Strategie Pekings besteht darin, die Welt in einen neuen Weltkrieg zu stürzen, und darin findet die Führung unter Hua Guofeng die Unterstützung der imperialistischen Staaten, der Kräfte des Antikommunismus und der extremen Reaktion.

Die gegenwärtige chinesische Führung hält weiterhin an maotischen antisozialistischen und antisowjetischen Kurs fest, sie unternimmt Versuche, Spaltung in die Reihen der sozialistischen Länder zu tragen und sie vom Wege der Verwirklichung der abgestimmten Politik in der chinesischen Frage abzu drängen.

Die mit antisowjetischen Losungen getarnte Politik Pekings ist voll wachsender Gefahren für die Sache des Friedens und der Entspannung, für die Interessen aller Völker. Es wäre ein unverzeihlicher Fehler, wollte man zu der vernunftwidrigen

Politik der chinesischen Führung eine unparteiliche Haltung einnehmen und den Zeitpunkt abwarten, zu dem die Gefahr verheerende Ausmaße annimmt. Die Aufgabe lautet, der Brandstifterpolitik der Pekinger Führer eine Abfuhr zu erteilen, die Interessen der sozialistischen Staaten und der sozialistischen Staatengemeinschaft insgesamt sowie der kommunistischen Weltbewegung zu verteidigen.

Im Kampf gegen die maoistische Politik und Ideologie verfügen die Bruderparteien über eine zuverlässige und machtvolle Waffe, über die richtige Anleitung zum Handeln - die Beschlüsse der höchsten Organe unserer Parteien, der Parteitage. Die konsequente, allseitige und tagtägliche Erfüllung dieser Beschlüsse ist die zuverlässige Garantie für Erfolge im Kampf gegen den Maoismus, für die sozialistische Zukunft Chinas.

Die gesamten Erfahrungen der Auseinandersetzung mit der anti-leninistischen, antimarxistischen Theorie und Praxis des Maoismus zeigen, daß die enge brüderliche Zusammenarbeit unserer Parteien, die allseitige Koordinierung der Handlungen sowohl gegenüber der maoistischen Politik Chinas direkt, als auch zu anderen Fragen, die dieses Land betreffen, das Unterpfand unserer Erfolge war und bleibt. Durch eine koordinierte Arbeit der Bruderparteien und aller fortschrittlichen Kräfte kann erreicht werden, daß China zu einem annehmbaren Mitglied der Weltgemeinschaft, die auf den Prinzipien der friedlichen Koexistenz beruht, wird. Das künftige China wird zum Sozialismus gehören. Man darf nicht die Hoffnung verlieren, daß das chinesische Volk selbst, das der voluntaristischen maoistischen Politik überdrüssig ist, seine Stimme erhebt und dem Abenteuerertum und antisozialistischen



Kurs ein Ende bereitet. Aber man darf nicht passiv abwarten.  
Mit dieser äußerst aktuellen Frage, die die lebenswichtigen  
Interessen aller sozialistischen Länder berührt, ist das  
Schicksal des Weltsozialismus als Ganzes verbunden.

8164 00201

*J. J. J.*

Abteilung  
Internationale Verbindungen  
- 80 -

Berlin, den 23. Juni 1977  
Wi/ga

V e r m e r k

Über ein Gespräch des Genossen Hermann Axen, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, mit Genossen O. B. Rachmanin, Kandidat des ZK der KPdSU und 1. Stellvertreter des Leiters der Internationalen Abteilung, am 17. Juni 1977, im Hause des ZK der SED

---

Nach der Begrüßung führte Genosse Rachmanin aus: Die "Interkit" ist gut verlaufen. Sie ist gründlich vorbereitet worden. Allerdings konnten noch nicht alle Punkte aufs "i" gesetzt werden; denn es muß noch eine ganze Reihe von Fragen diskutiert werden.

Wir haben gute Dokumente angenommen. Wir werden unserem ZK berichten und entsprechende Beschlüsse fassen. Genosse Breshnew hat diesen Treffen ebenfalls große Bedeutung beigegeben und hervorgehoben, daß dieser Meinungsaustausch über China von großem Nutzen ist.

Wozu besteht der Sinn unserer Treffen? Wir haben eine Analyse vorgenommen und gewisse gemeinsame Linien herausgearbeitet. Wir hoffen, daß die ZK unserer Parteien diese Analyse bestätigen werden, damit wir dann gemeinsam weitere Aufgaben lösen können.

Wir hat das Sprichwort des Genossen Axen gut gefallen, der in seiner Rede gesagt hat: "Die Bäume Maos werden nicht in den Himmel wachsen." Das hoffen wir sehr. Die letzte "Interkit" werden wir in Peking durchführen und dann all unsere Arbeitsergebnisse den chinesischen Internationalisten in die Hände geben.

Während der Berliner Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas haben wir uns mit einem spürbaren Gegner herum-schlagen müssen, während der "Interkit" schlagen wir uns mit einem Gegner herum, der nicht anwesend ist. Während der Berliner Konferenz sind wir zu gewissen Kompromißformulierungen gekommen. Das ist gar nicht so schlecht. Die italienischen, französischen, spanischen und jugoslawischen Genossen kommen immer wieder auf bestimmte Formulierungen zurück. Wir können und müssen diese Formulierungen umdrehen. Sie sprechen z. B. über Nichteinmischung. Wir können aber sagen: Mischet euch nicht in unsere Angelegenheiten ein! Wir haben auch unsere Haltung und Position zu bestimmten Fragen. Ich meine also, wir können auch bestimmte Kompromißformulierungen gegen unsere Gegner verwenden.

In Havanna werden wir weiter über China diskutieren. Sicher wird auch dann die Lage in China noch kompliziert sein. Aber früher oder später wird der Sozialismus auch in China siegen.

Genosse Axen sprach dem ZK der KPdSU, Genossen Ruchmanin persönlich den Dank für die große geleistete Arbeit aus. Er hob hervor: Wir müssen uns ständig über diese Fragen konsultieren aus dreierlei Gründen:

1. wegen der Sicherheit unserer Länder, besonders der der Sowjetunion;
2. im Interesse des chinesischen Volkes. Wir lieben das chinesische Volk, die chinesische Revolution, und kein Verbrechen der Maoisten kann das verdecken;
3. spielt das Kräfteverhältnis in der Welt in diesem Zusammenhang eine große Rolle. 1960 waren die Chinesen noch auf der Internationalen Beratung. Sie hatten zwar schon falsche Auffassungen, aber sie haben nach harten Diskussionen doch das Dokument unterschrieben. Alle Ziele, die wir uns damals gestellt haben, wären leichter zu verwirklichen gewesen, wenn die Chinesen nicht abtrünnig geworden wären. In allen Fragen wären wir schneller vorangekommen. Das schätzen auch die Imperialisten so ein. Deshalb habe ich in meiner Rede den Ausdruck von der 2. Front gebraucht.

Heute können wir feststellen, daß es einen objektiven Zusammenhang zwischen dem Bürokratismus und dem Maoismus gibt; in bezug auf die Einschätzung der Sowjetunion, des Leninismus, die Rolle der Supermächte, die "Neutralität" in der chinesischen Frage, die Absage an den Internationalismus, die Überbetonung des Nationalismus, die gewissenlose Absage an alle Normen des Zusammenlebens der kommunistischen Parteien und in bezug auf fraktionistische und splinterische Tätigkeit.

Es gibt eine Überlegung, die wir noch diskutieren müssen: wie können wir die öffentliche Arbeit führen? Wie können wir den Kampf um die Gewinnung Chinas führen?

Der Kampf um die Gewinnung Chinas schließt den Kampf gegen den Maoismus ein. Es geht mir dabei um die taktische Form des öffentlichen Kampfes. Wir müssen ständig gegen den Maoismus kämpfen, ohne besondere Kampagnen zu führen, so wie wir gegen den Imperialismus oder Opportunismus kämpfen.

Wir sollten nicht von Zeit zu Zeit nur große Artikel schreiben, sondern eine tagtägliche, normale, beharrliche Propaganda gegen den Maoismus betreiben, ohne daß wir uns von ihrer Seite eine Schimpferei aufhalsen lassen. Wir sollten stets gut argumentieren, so daß andere kommunistische Parteien immer besser das Wesen des Maoismus durchschauen und ihn ebenso beharrlich bekämpfen wie wir. Ich bin nicht für eine Abschwächung der Propaganda, sondern dafür, genau zu überlegen, wann und wie man schreibt. Wir müssen auf allen Tasten spielen. Wir sollten nicht schweigen, sondern ständig kämpfen und unsere gesamte Artillerie auffahren.

Es gibt noch eine weitere Frage: Aus dem Material der "Interkit" entnahm ich, daß zwei Mitglieder des Politbüros der Kommunistischen Partei Chinas aus dem Süden eine Kritik an ungerechtfertigten Handlungen seit 1958 gefordert haben. Das ist nicht viel, aber andererseits auch nicht wenig.

Ich denke in diesem Zusammenhang, wir müssen überlegen, mit wem man zusammenarbeiten kann. Wir müssen auf lange Sicht chinesische Genossen suchen, die Politik machen können.



Genosse Kuchmanin: Dieser Gedanke ist sehr gut. Derartige Pläne gibt es, aber bis jetzt konnte niemand gefunden werden, mit dem man arbeiten kann. Wir haben z. B. mit den Vietnamesen gesprochen und ihnen gesagt: bitte, sprecht mit den Chinesen und sagt ihnen, daß wir bereit sind, mit ihnen zusammenzutreffen. Die vietnamesischen Genossen haben uns geantwortet: China ist ein Staat, der sich in einem Neugeburtprozess befindet. Es ist schwierig, mit ihnen zu sprechen.

Es ist also schwer, im gegenwärtigen Augenblick die chinesische Mauer zu überwinden. Die Chinesen hören gegenwärtig niemanden an.

Die Sowjetunion hat 12 500 km Verteidigungslinie. Dafür geben wir mehr Geld aus als für unseren eigenen Unterhalt und für unsere Verbündeten zusammengenommen. Fast 3 Mio chinesische Soldaten stehen an unserer Grenze. Wir haben Genossen Iljitschow nach Peking geschickt. Niemand wollte mit ihm sprechen. Mit den vietnamesischen Genossen sprechen die chinesischen Genossen auch nicht. Gegenwärtig sehen wir nur den Kampf gegen den Maoismus; da es keinen Partner gibt, mit dem man sprechen kann. Wir werden deshalb weiterhin so scharfe Artikel veröffentlichen wie am 14. Mai.

Es geht dabei nicht nur um Antisowjetismus. Wir haben keine Angst vor den Maoisten, aber es kann zu einem Weltkonflikt kommen, ein neues München kann vorbereitet werden. Die chinesische Seite fürchtet die Sowjetunion nicht, sie hat keine Angst, daß die Sowjetunion sie angreift. Wozu stehen dann 3 Mio Soldaten an unserer Grenze? Wir, die Sowjetunion, befürchten, daß die Chinesen einen Angriff vortragen, auf den Knopf drücken könnten, damit Bomben fallen. Das werden wir in unserer Propaganda in Zukunft ganz laut sagen. Wir werden nicht kleinlich sticheln, wir sind dafür, daß schwere Artillerie aufgeföhren wird.

Der Akzent liegt also auf Kampf. Wir bitten in diesem Zusammenhang um Unterstützung der SED, besonders was die Achse Peking - Bonn anbetrifft.

Genosse Axen: Das ist richtig. Selbstverständlich ist es kompliziert, in China heute Leute zu finden, mit denen man einen Schritt tun kann, aber die Arbeit mit solchen Kräften wird in Zukunft notwendig sein, damit im Innern Chinas auch etwas von unserer Propaganda ankommt. Wir müssen, wie ich bereits sagte, auf der gesamten Tastatur spielen. Wir müssen auch über die innere Lage in China berichten, genau so, wie wir über andere kapitalistische Länder berichten. Es ist zwar schwer, Fakten zu erhalten, aber wir müssen Wege finden. Es gab vor Jahrzehnten einen Richard Sorge, es gab viele Sorges, die nicht nur über militärische Fragen, sondern auch über ökonomische und politische Fragen berichtet haben. In der BRD-Zeitung "Die Welt" erscheinen ausführliche Artikel über China. Wir müssen versuchen, daß auch unsere Genossen an derartige Fakten herankommen.

Genosse Nachmanin: Diese Gedanken sind alle ausgezeichnet, und wir müssen überlegen, wie wir sie gemeinsam verwirklichen können. Vor 14 Jahren war ich z. B. in einem Dorf 200 km von Peking. Dort fragten mich die Bauern, wer jetzt eigentlich Kaiser von China ist. Das chinesische Volk ist, wie Mao-Tse-tung einmal zu Chruschtschow gesagt hat, wie ein weißes Blatt Papier. Das chinesische Volk wird dumm gehalten. Das betrifft 90 bis 95 % der Bevölkerung. Darauf bauen die Maoisten. Man wird offensichtlich das chinesische Volk noch lange dumm halten können. Deshalb ist es richtig, daß wir alles versuchen müssen, daß unsere Propaganda auch im Innern Chinas gehört wird.

Wir müssen alles vermeiden, daß die Maoisten glauben, die sozialistischen Länder, die kommunistischen Parteien hätten unterschiedliche Auffassungen in der chinesischen Frage. Wir müssen sehr eng zusammenarbeiten und zusammenhalten.

Genosse Axen beendete das Gespräch, indem er hervorhob, daß eine noch engere Zusammenarbeit, besonders auch der eng befreundeten sozialistischen Länder in dieser Frage notwendig ist.

Er bedankte sich noch einmal für die große Arbeit, die das ZK der KPdSU geleistet hat, und bat Genossen Nachmanin, Grüße an alle bekannten Genossen in Moskau auszurichten.

E. Winkelmann